

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

235 (8.10.1921) Erstes Blatt

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 5.50 M. mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 6.50 M.; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Abzählern abgeholt 5 M. monatlich. — Einzelheft 15 Pf.

Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: 4.— M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einpaltige Kolonelleile 1.40 M. Die Restameile 4.— M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestunde: 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Durch Wahrheit zur Klarheit

Ein Mahnwort an die Arbeiter der U.S.P.

Der Göttinger Parteitagbeschluss zur Frage der Beteiligung an Koalitionen hat unstreitig erhebliche innerpolitische Wirkungen ausgelöst. Das war vornehmlich und sollte auch eintreten. Besonders stark war die Wirkung auf die Unabhängigen, die sofort begriffen haben, daß der Göttinger Beschluss sie zwingen wird, Farbe zu bekennen, ob sie nun endlich bereit und willens sind, ihre Politik auch auf die wirksame Verteidigung der Republik und ihrer demokratischen Einrichtungen einzustellen, oder, ob sie noch ferner in ängstlicher Rücksicht auf besonders radikalisierte Teile ihrer Anhänger an der doch sichtbar banferrotten Diktatur und an der gemeinsamen Abstinenz auf dem Gebiete der positiven Machtergreifung festhalten wollen. Weil jeder neue Wahlgang durch die Wahlscheitern die Unabhängigen darüber belehrt, wie unmöglich ihre bisherige Politik ist, sind sie naturgemäß sehr nervös.

Aber sie sind nicht im entferntesten einig in der Anschauung. Daß ein großer Teil ihrer besten Köpfe wesentlich anders über die Frage der Beteiligung an Koalitionen mit Bürgerlichen denkt als die Lokalgruppen in der Provinz, steht klar vor aller Welt. Jedoch, die unabhängige Presse war in einer unfruchtbar bösen Situation. Noch vor wenigen Wochen hatte sie ihren Lesern es als die vernünftigste Arbeitervertreterei bezeichnet, mit Bürgerlichen in eine Koalition einzutreten, aber auch gleichzeitig mit Schreden gegeben, wozu die Lehre von der alleinigmächtigenden Diktatur führt. Und nun soll sie klar sich entscheiden.

Unter größtem Geheiß tauchte die unabhängige Presse gegen die Sozialdemokratie an, und der gesamte Sprachschlag aus den allerübelsten Lagen des elenden Bruderkrieges gelangte sofort wieder zur Anwendung. Mit am schlimmsten tat sich die Mannheimer „Tribüne“ darin hervor. Zunächst in einer schnell spekulativ hingeworfenen Abnommenteinladung, dann in Artikeln. In der Mittwochsausgabe wird wieder das ganze unabhängige Sprachregister gegen uns gezogen. Die „Parteiübernahme“ muß herhalten, die angeblich von den Arbeitern keine Ahnung mehr hat. Wir lesen von „hinterhältigen Plänen“, von „ertappten Schiebern“, dem E.P.D.-Vorstand wird jedes Ehrgefühl abgesprochen und das Fehlen des Gewissens attestiert. Alles soll nur ein Theaterstück sein; im übrigen stehe die Sozialdemokratie in Schwäche und Willenlosigkeit da und zwar vor einer Niederlage. Natürlich wird auch dargetan, daß die Unabhängigen kraftlos und in engelreiner Grundstauung sich präsentieren.

In der Donnerstagsausgabe läßt sich das Mannheimer unabhängige Blatt weiter in der bei ihm altgewohnten Schimpferei auf die Sozialdemokratie, wo der Kampf gegen die Reaktion die Aufgabe sein sollte. In der Ueberschrift heißt es: „Die verunglückte Bauernfängererei der Rechtssozialisten“. Dann weiter: wir wollten den Unabhängigen die „Senfer einwerfen“ usw. Die Volksparteier und erst recht die deutschnationalen Reaktionsäre werden aus dieser unabhängigen Schimpferei, aus diesem Loben gegen eine Arbeiterpartei neue Nahrung und neue Kraft ziehen.

So genau wieder die alten Töne und die drei Jahre lang durch alle Gassen geschleierten Worte und unwahren Behauptungen, die zum Gaudium aller Feinde der Republik und der Arbeiterschaft von der unabhängigen Presse angewendet worden sind, ein Verfahren, das in Verbindung mit dem kommunistischen Wahnsinn der Reaktion so ausgezeichnete Dienste geleistet hat. Ein übles Verfahren, das abermals der Reaktion und ihren Helfershelfern dienen wird und diesmal in der Stunde ernstester Gefahr. Da müssen sich die Unabhängigen schon damit abfinden, daß wir ihr taktisches Verhalten wie ihre angebliche Grundstauung an der Hand der Tatsachen beleuchten.

Du lieber Himmel! Die Grundstauung der Unabhängigen! Als Kautsky im Jahre — 1901 in der „Neuen Zeit“ koalitionsregierungen billigte, „in Fällen dringender Not zur Verteidigung gegen einen übermächtigen, anstürmenden, inneren oder äußeren Feind, der die Lebensinteressen der betreffenden Klassen oder Nation bedroht“, da hat u. W. von den heutigen Unabhängigen nicht einer dagegen protestiert. Die seltsame Erkenntnis, daß man Koalitionen nicht eingehen darf, haben interessanterweise die Unabhängigen erst dann gewonnen, als die Putschischen Voraussetzungen tatsächlich eingetroffen waren: Oktober 1918 beim Zusammenbruch Deutschlands (übermächtiger, anstürmender äußerer Feind), bei der Schaffung der Verfassung (Interessen der arbeitenden Klassen).

Sommer 1920 nach den Wahlen (sichtbare Erstarkung der Reaktion).

Während noch vor sechs Wochen die unabhängige Presse jeden Sozialisten gleichsam zu den ärgsten Höllestrafen verurteilte, der Koalitionen mit Bürgerlichen eingeht, bezeichnet jetzt der unabhängige Bremer Reichstagsabgeordnete Henke, befanntlich ein ganz „Radikaler“, die Teilnahme an einer Koalitionsregierung als eine Frage der Taktik und nicht des Prinzips. Und der unabhängige bayerische Reichstagsabgeordnete Unterleitner äußert sich genau in der gleichen Weise im unabhängigen Münchener Organ. Ja mehr noch: In ihrem Antwortschreiben vom 1. Oktober 1921 auf die Anfrage unserer Partei wegen des Eintritts in eine Koalitionsregierung, lehnt die unabhängige Parteileitung keineswegs grundsätzlich ab, sondern stellt nur Mindestbedingungen und will vor ihrer endgültigen Erklärung die Antwort der Bürgerlichen Parteien hören. Wenn also bestimmte Bedingungen erfüllt werden, will die unabhängige Parteileitung mitmachen, was sie und die gesamte unabhängige Presse noch vor kurzer Zeit als „Arbeiterverrat“ bezeichnet hat.

Zur nachdrücklichen Belehrung gerade der unabhängigen Arbeiter wollen wir an das Antwortschreiben erinnern, das am 11. Juni 1920 die unabhängige Parteileitung in Berlin an unsere Partei gegeben hat, als ihr von uns der Eintritt in eine Koalitionsregierung angeboten worden ist. Es heißt da in dem von Crispian unterzeichneten Briefe:

„Die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands kann nicht in eine Regierung eintreten, die sich die Wiedereinrichtung der im Krieg zusammengebrochenen kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft zum Ziele gesetzt hat und zur Niederhaltung des Proletariats den Militarismus neu belebt und stärkt, wie es die bisherige Koalitionsregierung getan hat. Der Eintritt der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in eine solche Regierung würde eine Unterstützung der konterrevolutionären Politik bedeuten, die sie bisher grundsätzlich bekämpft hat, wäre eine Preisgabe ihres Programms und ein Verrat an den Interessen der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Kleinrentner, Kleinbauern, die der U.S.P. bei der Reichstagswahl Stimme und Vertrauen geschenkt haben für die energische Fortsetzung ihrer Politik des rückwärtslosen proletarischen Kampfes mit dem Ziele der Beseitigung der kapitalistisch-militaristischen Klassenherrschaft.“

Das Erstarken der Reaktion, wie es bei den Reichstagswahlen zum Ausdruck gekommen ist, ist nur die Folge der rechtssozialistischen Kompromisspolitik mit den geschworenen Feinden der Arbeiterschaft und kann nicht bekämpft werden durch die Koalitionspolitik, sondern nur durch eine grundsätzliche, klare und konsequente Politik, die die Befreiung der politischen Macht durch das Proletariat und dessen Alleinherrschaft bis zur Verwirklichung des Sozialismus erstrebt.

Ergeht sich aus der Entwicklung der Revolution die Notwendigkeit einer sozialistischen Regierung, so kommt für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands als Lebergang nur eine rein sozialistische Regierung in Betracht, in der sie die Mehrheit hat, den bestimmenden Einfluss ausübt und in der ihr Programm die Grundlage der Politik bildet.

Durch diese Antwort dürfte wohl auch nach Ihrer Ueberszeugung die von Ihnen gewünschte Aussprache gegenstandslos geworden sein.“

Also vor 15 Monaten war das Erstarken der Reaktion angeblich nur die Folge der „rechtssozialistischen Koalitionspolitik“ und jetzt ist dieselbe unabhängige Parteileitung unter bestimmten Bedingungen bereit, zur — Abwehr eben der erstarkten Reaktion in eine Koalitionsregierung einzutreten. Damals war der Eintritt in eine Koalitionsregierung eine „Preisgabe des Programms“ und jetzt hören wir von unabhängigen Führern, daß Koalitionen nur eine Frage der Taktik, nicht aber des Prinzips seien. Als wir Sozialdemokraten das Kabinett Febrinbach unterstülzten, schrieben die Unabhängigen was das Zeug hielt, daß wir die Arbeiterinteressen verraten. In dem Antwortschreiben der unabhängigen Parteileitung vom 1. Oktober 1921 heißt es aber wörtlich:

„Die U.S.P. hat bisher die bei der Annahme des Londoner Ultimatus gebildete Regierung Wirth in der loyalen Erfüllung des Ultimatus und der Führung einer republikanisch-demokratischen Politik unterstützt. Das entspricht dem Gesamtinteresse des Proletariats.“

Ganz richtig! Wie aber hätte dem „Gesamtinteresse des Proletariats“ erst gedient werden können, wenn im Juni 1920 die Unabhängigen statt eine törichte und heute bereits grundsätzlich über Bord geworfene Abstinenzpolitik zu beobachten, mit in das Kabinett Wirth eingetreten wären und dadurch den sozialisti-

schen Einfluß verstärkt hätten? Der „Vorwärts“-redakteur Kuttner, der den Göttinger Beschluss in der Berliner Funktionärerversammlung aufs schärfste angegriffen hat, sieht sich ebenfalls veranlaßt, den Unabhängigen diese Mahnungen zu widmen:

„Als einer von denen, an deren Stellung gegenüber dem Göttinger Beschluss kein Zweifel sein kann, fühle ich mich berechtigt, der Unabhängigen Partei zu sagen, daß sie besser als irgendein Mitglied unserer Partei die Möglichkeit gehabt hätte, den Göttinger Beschluss zu verhindern, und zwar durch das Mittel einer frühzeitigen einschlägigen Politik. Gern soll anerkannt werden, daß mancher Führer der U.S.P. sich schon seit geraumer Zeit darüber im klaren ist, daß es mit der früheren Abstinenzpolitik nicht mehr weiter ging, wenn nicht das Gewicht der unabhängig organisierten Arbeiterschaft dauernd auf der Waage der Politik ausfallen sollte. Aber es hat hier an der Konsequenz des mutigen Handelns Mangel gefehlt.“

Der Fehler hätte sich durch eine aktive Politik der U.S.P. gutmachen lassen. Diese blieb 1920 gänzlich aus und setzte im Mai dieses Jahres sehr zögernd ein. Wäre aber nach ihrem unbefriedigbaren Wahlerfolg im Juni 1920, mit dem die alte Regierungskoalition in die Minderheit gebracht war, die U.S.P. bereit gewesen, ihre neue Stellung praktisch auszuwerten, so würde höchstwahrscheinlich unsere gesamte Politik ein ganz anderes Gesicht zeigen. Aber die U.S.P. lehnte damals strikte jede Beteiligung an einer gemischt-bürgerlich-sozialistischen Koalition ab, und die Folge war das Kabinett Febrinbach.

Der erste wirkliche Umsturz in der Taktik der U.S.P. trat ein, als sie die Mehrheit für die Annahme des Londoner Ultimatus schaffte und dem Kabinett Wirth wohlwollende Neutralität zusagte. Die aktive Teilnahme an der Koalition glaubte die U.S.P. auch damals noch aus prinzipiellen Bedenken ablehnen zu müssen. Damit blieb der erste Schritt einer Halbheit, die sich wie alle Halbheiten gerächt hat. Weil die U.S.P., wie es vielen schien, auf diesem Wege nicht weiterzubringen war, andererseits aber die Verhältnisse nach einer Festigung der Regierungsgrundlage drängten, kam der Göttinger Beschluss zustande.“

Und endlich: auf dem erst kürzlich stattgehabten Verbandstag der Metallarbeiter, haben die Unabhängigen gemeinsam mit uns Genossen den kommunistischen Antrag niedergestimmt, keine Arbeitsgemeinschaften mit den Unternehmern zu bilden. Auf dem Verbandstag in Stuttgart stimmten noch die Unabhängigen geschlossen gegen die Arbeitsgemeinschaften und ihre Presse hat noch bis Jena die Arbeitsgemeinschaft als einen Verrat an der Arbeiterfrage bezeichnet, was törichter Unsinn ist.

Wohin wir immer den Unabhängigen auch folgen mit dem prüfenden Urteil, überall ist zu konstatieren, daß sie, wie eine schiffbrüchige Mannschaft den Ballast, die schönsten Grundstücke glatt über Bord werfen. Aber jedesmal unter dem gleichen Spektakel und jedesmal unter dem einfach verächtlich gewordenen Gebahren, die Sozialdemokratie erneut zu verdächtigen und zu beschimpfen, während die Unabhängigen Schritt um Schritt zu unserer richtigen Taktik sich bekennen müssen.

Lehnlich zu bemerken ist der unabhängige Versuch, die neueste, wenn auch erfreuliche Schwankung dadurch zu maskieren, daß man erklärt, mit der Volkspartei nicht in eine Koalition zu gehen. Ist Koalitionspolitik geboten — und das ist sie heute angesichts des ungeheuren Ernstes der Gesamtlage —, dann muß man auch bereit sein, sie mit jeder Partei zu betreiben, mit der sich für die Koalition eine gemeinsame Grundlage finden läßt. Nach der Vergangenheit der Parteien kann nicht gefragt werden, sonst dürften wir Sozialdemokraten auch nicht mit den Unabhängigen eine Koalition eingehen, die ja sätzungsgemäß auf dem Boden der Diktatur stehen, die wir als Demokraten verwerfen. Gerade durch die neuesten Winkeltüge haben bereits die Unabhängigen den Volkspartei-fern Gelegenheit zum Widerstand gegeben, während ein flares und entschlossenes Ja, das gewiß an Bedingungen geknüpft werden konnte, die Volkspartei in die übelste Position gebracht haben würde.

Dieses unabhängige Sinundhergezerre, dieses halbe Ja und halbe Nein schädigt bereits abermals aufs schwerste die vitalsten Interessen der Arbeiterschaft und der republikanischen Verteidigung. Entweder das Bekenntnis zur Diktatur, dann aber auch den Mut zur Konsequenz, oder — das Bekenntnis zur Verteidigung der Republik und der Demokratie, dann aber keine Winkeltüge mehr, sondern ebenfalls den Mut zur Konsequenz. Speziell das Verhalten der Mannheimer „Tribüne“ ist kläglich und, wenn natürlich auch nicht beabsichtigt, so doch in der Wirkung ein Verbrechen an der Arbeiterschaft.

Helfer im Kampf um den Sozialismus

Die in einer der letzten Sitzungen des Afabundkongresses einstimmig angenommenen gewerkschaftlichen Grundzüge verdienen, von der sozialistischen Arbeiterklasse einer ganz besonderen Beachtung gewidmet zu werden. Der Afabund stellt sich in diesen Grundzügen aufs neue in die Einheitssfront aller derer, die im kapitalistischen Produktionsprozess als die wahrhaft "schaffenden Stände" angesehen zu werden beanspruchen können.

In den Grundzügen wird zunächst auf die Lage der Angestellten hingewiesen, die infolge des Privateigentums an den Produktionsmitteln zu einem gemäßigten Heer angewachsen und nach wie vor gezwungen sind, als besitzlose Arbeitnehmer ihren Unterhalt zu erwerben. Während der zweite der auf dem Kongress angenommenen Grundzüge in seinen drei Punkten: Steigerung des Anteils am Produktionsertrage, Eringung günstigerer und Abwehr schlechterer Arbeitsbedingungen, rechtliche Sicherung des arbeitenden Menschen vor den schädigenden Wirkungen der kapitalistischen Lohnarbeit praktische Gegenwartsforderungen enthält, offenbar der dritte Grundzug das prinzipielle Bekenntnis zum Sozialismus. Dieser Grundzug, der in seiner Bedeutung für die künftige Angestelltenbewegung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, lautet:

- 1. Die reichhaltige Anerkennung der Rechte des arbeitenden Menschen vor denen des toten Kapitals;
- 2. Die Befreiung des Arbeiters von der Einkommensabhängigkeit zu Gunsten der Gesamtheit;
- 3. Die Kontrolle der Warenerzeugung und Verteilung;
- 4. Die Gemeinwirtschaftliche Ordnung der Wirtschaftsführung;
- 5. Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in allen Fragen des Lohn- und Arbeitsverhältnisses.

Sie erbilden deshalb im wirtschaftlichen Sozialismus gegenüber der privatkapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation.

Wofür die Angestellten hier mit allem Nachdruck eintreten, sind also die gleichen Forderungen, um deren reifliche Erfüllung die Arbeiterklasse seit Jahr und Tag kämpft. Das große Ziel ist der wirtschaftliche Sozialismus, das einzige Mittel zu seiner Eringung ist die wirtschaftliche Demokratie.

Dass das Ziel der Angestellten das gleiche wie der Arbeiterklasse ist, ergibt sich auch aus den Forderungen des 4. gewerkschaftlichen Grundzuges, der die Angestellten über das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer bei der gesamten Produktion und die Aufgaben der Betriebsräte enthält, im Einverständnis mit den Gewerkschaften und auf deren Macht gestützt, in Gemeinschaft mit der Betriebsleitung die Betriebsdemokratie durchzuführen.

Mit diesem Programm muß es den Angestellten gelingen, künftighin ihre wirtschaftliche und soziale Position beträchtlich zu heben. Die Angestellten können gewiß sein, daß sie bei ihren Kämpfen die Arbeiterklasse stets auf ihrer Seite finden werden.

Das Schicksalsbuch des deutschen Volkes

Während auch von deutsch-monarchistischen Kreisen die mannigfachen Veruche Wilhelms II., das Erscheinen des dritten Bandes von Bismarck, „Gedanken und Erinnerungen“ zu verhindern mit Befremden aufgenommen wurde, führte die reaktionäre „Kreuzzeitung“ bis in die letzte Zeit hinein einen verzweifelten Kampf gegen das Erscheinen des Wertes. Jetzt, nachdem das Erscheinen der Bismarckischen Erinnerungen nicht mehr verhindert werden kann, lamentiert das Junkerblatt:

„Der erste Eindruck, den wir von der Veröffentlichung haben, beherrscht uns in unserer Ansicht, daß die Veröffentlichung ganz ungetreue ist. Nichts scheint uns gewisser, als daß der Urheber dieser lapidaren Schrift gerade in dieser Zeit es verschmäht haben würde, seine herbe Kritik an dem Manne, den er freilich wohl jetzt als den Herrscher des deutschen Reiches ansehen würde, in die Öffentlichkeit zu bringen, nicht nur, weil er Wilhelm II. jetzt und gerade jetzt auch schonen wollen würde — er hätte das Buch ja sonst gleich nach seinem eigenen Tode erscheinen lassen können — sondern weil dieser Steinwurf gegen Wilhelm II. in diesem Augenblick zugleich wie ein Attentat auf den monarchistischen Gedanken wirkt, dem Otto v. Bismarck mit der ganzen Reichsgeschichte seiner Natur sein ganzes Leben lang hindurch gebietet hat.“

„Der dritte Band der „Gedanken und Erinnerungen“ wird aller Voraussicht nach ein Schicksalsbuch der Deutschen werden. Nebel, sehr übel war die große Verlagsfirma in Stuttgart bestrebt, als sie ihn hinauszuhängen ließ. Die vielen Silberlinge, die jetzt in ihrem Kasten klingen, sie wiegen wahrlich nicht so schwer,

als die Verantwortung, die das Haus Cotta mit der Veröffentlichung auf sich geladen hat.“

Es verdient bemerkt zu werden, daß die „Kreuzzeitung“ der Auffassung ist, Bismarck würde heute Wilhelm II. als Zerstörer des deutschen Reiches ansehen.

Reform der Organisation der Steuerbehörden

Auf Antrag der Abteilung 3 in der Vollversammlung des Reichswirtschaftsrates am 12. September wurde der finanzpolitische Ausschuss beauftragt, Vorschläge für eine Reform der Organisation der Steuerbehörden auszuarbeiten, denen die Veranlagung und Erhebung der Reichsteuer obliegt. Insbesondere soll hierbei geprüft werden, in welcher Weise die Organisation der Länder, Gemeinden und anderen Selbstverwaltungsbildungen für die Reichszwecke nutzbar zu machen sind.

Wie die „R. W. N.“ hören, begann der finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates in seiner Sitzung am 4. Oktober die Vorarbeiten zur Erledigung dieses Auftrages und kam nach eingehenden Darstellungen von Seiten des Finanzministeriums über die große Arbeitslast der Finanzämter und von Seiten der Vertreter der Gemeinden über die dringende Notlage der kommunalen Finanzen zu dem Schluß, daß die Organisation der Steuerbehörden möglichst zu einzurichten ist, daß sie erstens eine raschere Veranlagung, zweitens eine schnellere Einziehung der Gelder und drittens eine rasche Verteilung auf die Empfangsberechtigten ermöglicht. Es wurde beschlossen, zu einer Sitzung am 24. Oktober 1921 außer den Vertretern der Finanzministerien des Reiches und der Länder Sachverständige von den Gemeinden und wirtschaftlichen Verbänden zu hören und danach Vorschläge auszuarbeiten.

Der finanzpolitische Ausschuss wird sich ferner gemäß dem Antrag 21 und 22 des am 12. September beschlossenen Beschlusses mit der Frage befassen, erstens: auf welche Weise die durch Spekulation in Wertpapieren erzielten Gewinne für eine erhöhte Besteuerung erfasst werden können, zweitens: welche Maßnahmen getroffen werden können, um durch Kontrolle des Devisenverkehrs und der Umsätze in ausländischen Zahlungsmitteln die Spekulation einzudämmen. Auch zu dieser Frage wird eine Reihe von Sachverständigen aus Finanzkreisen geladen werden.

Vor schwereren inneren Gefahren

Um die Koalitions- und Regierungsbildung

Die Parteien haben schriftlich ihre vorläufigen Anschauungen über die Frage der Koalitionserweiterung und Regierungsbildung ausgetauscht.

Wie liegen die Dinge? Die Unabhängigen sind unter gewissen Umständen bereit, sich der alten Koalition anzuschließen, aber nur ohne die Volksparteiler. Die Volksparteiler sind zum gleichen bereit, ohne die Unabhängigen. Zentrum und Demokraten wollen die Unabhängigen offenbar am liebsten überhaupt nicht aufnehmen, wenn aber, dann nur zugleich mit den Volksparteilern, Volksparteiler und Unabhängige sind sich aber darin einig, nicht miteinander in eine Regierung zu gehen. Die Sozialdemokratie ist laut Köstler bereit, sich mit jeder Partei zu koalieren, die sich auf den Boden ihrer Mindestforderungen stellt. Kann man nach dem bisher Erlebten erwarten, daß die Volksparteiler dies tun werden? Oder könnte die Frage aufstehen, ob die bisherigen bürgerlichen Koalitionsparteien bei der Haltung, die sie gegenwärtig einnehmen, für die Sozialdemokratie noch koalitionsfähig sind. Sozialdemokraten und Unabhängige sind aber seit der Besetzung der Reichertoren vom 1. Oktober darin einig, daß die Politik der Koalition mit bürgerlichen Parteien zur Zeit eine Notwendigkeit ist, und nur aus ganz zwingenden Gründen aufgegeben werden darf. Die Unabhängigen haben ausgesprochen, daß sie das Kabinett Birck bisher gestützt haben, und sie wollen es offenbar weiter stützen. Kracht die Koalition im Reich auseinander, dann scheidet Birck, und niemand weiß wann, was weiter werden soll.

Sozialdemokraten und Unabhängige sind ferner darin einig, daß die jetzt in Preußen bestehenden Regierungsverhältnisse eine Gefahr für die Republik und ein schwerer Schaden für die Arbeiterklasse sind. Auch die Unabhängigen wünschen nicht, daß die Sozialdemokraten aus der Reichsregierung herausgehen, sie wünschen viel mehr, daß sie dort bleiben und auch noch in die preussische Regierung hineinkommen. Zentrum und Demokraten haben aber bisher die Politik verfolgt, die Sozialdemokraten in Preußen solange auszusperrten, bis sie bereit wären, sich mit der Deutschen Volkspartei zu koalieren.

So hat der Notenwechsel der Parteien über den Regierungsbildung zunächst zu einem Wirrwarr geführt, in dem sich nur noch ein Spezialist in solchen Fragen auskennen kann. Man könnte vermuten, daß es nach allem Hin und Her beim Alten bleiben würde, aber das geht auch nicht, weil die Sozialdemokratie nicht gleichzeitig im Reich in der Regierung und in Preußen in der Opposition sein kann. Wenn also Zentrum und Demokraten bei ihrer preussischen Politik beharren, dann ist das Kabinett Birck gefährdet, und die schwersten inneren Verwicklungen stehen dann bevor.

Aus dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten

Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten war früher Amerika. Amerika hat diesen Rang seit einigen Jahren an Rußland abgegeben müssen. Die allgütigen Lieberabreden des amerikanischen Hochkapitalismus beschließen bei weitem nicht mehr in dem Maße wie die grotesken Sprünge, die der russische „Kommunismus“ macht.

Das Sowjetkommissariat für Post- und Telegraphenwesen hat das Auslandspostporto neu festgesetzt. In der offiziellen „Zawesija“ lasen wir folgende Postsätze:

- Postkarten 400 Rubel,
- Postkarten mit Bild 800 Rubel,
- einfache Briefe je 20 Gramm 1000 Rubel,
- Druckbriefe 200 Rubel,
- Postkarte ohne Wert je 50 Gramm 400 Rubel
- Einheitsgebühr 1000 Rubel.

Ein einfacher Brief ins Ausland kostet also 2000 Rubel. Vor dem Kriege galt der Rubel 2.16 M. Im Frieden kostete ein solcher Brief 20 Kopfen Porto. Er ist also jetzt 10 000 mal teurer. Wenn es nicht im Werte der russischen Regierung stünde, müßte man einen schlechten Scherz annehmen. Die Briefmarken im Werte von 2000 Rubel sind eine ebenso kuriose Neuheit Rußlands wie die jetzt geplanten Banknoten à 5 Millionen Rubel.

Aus der Partei

Die Wahlbewegung im 2. und 3. Kreis

Die Wahlbewegung im 2. und 3. Kreis wurde am vergangenen Sonntag ebenfalls aufgenommen. In Freiburg sprach vormittags im Saalbau Wiehe der recht gut besuchte Versammlung Gen. Arbeitsminister Dr. Engler über die große Bedeutung der bevorstehenden Bundtagswahlen. In der Diskussion trat ihm ein Kommunist entgegen, der sich aber sachlich hielt und dementsprechend auch vom Referenten in seinem Schlusswort sachlich behandelt wurde. Unsere Partei hat mit dieser Versammlung den Wahlkampf recht gut begonnen.

In der Barrauch-Region (2. Wahlkreis) sprachen die Gen. Bösch und Wichmann. In Gallingen, woselbst unsere Partei bei der letzten Reichstagswahl einen starken Abstrom zu den USP. hatte — 50 sozialdemokratische und 277 Stimmen für die unabhängige sozialdemokratische Partei — trat dem Gen. Weichmann, der dort sprach, ein Kommunist, der Eisenbahnangestellter war, entgegen. Ihn leuchteten aber außer dem Referenten auch die Hög. Bösch und Rieslich, sowie die Gen. Ad. Bösch und Gemeinderat Dreeneisen gehörig heim. Allgemein wurde berichtet, daß die Parteiverhältnisse in Gallingen, sowie an anderen Orten in der Umgebung von Ludw. in der Gründung begriffen seien und ein erheblicher Teil der lektimaligen USP-Stimmen aus wieder zufallen werden. — In Drombach, Efringen und Oettingen verliefen die Beratungen zufriedenstellend.



Sparame Leute, die doch ein gutes Kaffee-Getränk schätzen, nehmen stets etwas Pfeiffer u. Diller zu Kaffee oder Gerst!
Gr. Silberpaket M. 3.-
Originaldose M. 3.50
in den Geschäften!

Pfeiffer & Diller Kaffee-Essen

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund. Strafe einhergehen, und dein Stab ist ein dürres Steden, dein Antlitz weh, und die Kinder zeigen mit Fingern auf dich und lachen und fragen, wo ist der goldene Apfel? ...

Effehard war in der Lad herumgüt. Wanderlieder zu singen, war für einen Mann geistlichen Standes nicht üblich, aber der Gesang Davids, den er jetzt anstimmte: „Nehoi ist mein Stirt, mir manzelt nichts. Auf grünen Ertrien läßt er mich lagern, zu stillen Gedächtnen führt er mich“ — mag ihm im Himmel in das gleiche Buch des Verdienstes verzeichnet worden sein, in das die Engel der Jugend fahrender Schiffer und wandernder Gesellen lieber eintragen pflegen.

Durch Bienen und an hohem Schiffsgelände führte ihn sein Pfad. Lang und niedrig streckte sich im See eine Insel, die Reichenau; Turm und Mauern des Klosters spiegeln sich im ruhigen Gewässer; Neßhölz, Matten und Obhgärten wiesen dem Auge den Fleck der Bewohner.

Vor zweihundert Jahren war die Au noch wüst und leer gestanden, in feuchtem Grunde die Herberge von Gelwurm und bösen Schlangen. Der austraßische Landvogt Sintlag aber wies den wandernden Bischof Priminus hinüber, der sprach einen schweren Segen über das Eiland, da zogen die Schlangen und Würmer in vollem Heereszuge aus, die Tausendfüßler im Wankertzug botan, Osklemmer, Skorpione, Lurche und was sonst kreucht, in geordneten Säulen mit Kröten und Salamandern in der Nachhut; des Priminus Spruch konnten sie nicht bestehen, zum Gelände, wo später die Burg Schopfeln gebaut ward, wälzte sich der Schwarm dann hinab in die grüne Seeestut — und der Fisch weitem hat damals einen guten Tag gehabt. ...

Seither war des Priminus Stift aufgebüßt, eine Pflanzstätte höchster Frucht von gutem Klang in deutschen Landen.

Reichenau grünes Eiland, wie bist du vor andern gefleht, Reich an Schätzen des Wissens und heiligem Sinn der Weisheit.

Reich an des Obstbaums Frucht und schwelender Kraude des Weinbergs:

Ammedar blüht es auf dir und spiegelt im See sich die Ailie, Weithin schallet dein Ruf bis ins neblige Land der Wäldern.

hatte schon in Ludwigs des Deutschen Tagen der geladete Mond Ermenrich gesungen, da ihn auf seiner Ailie Ellwangen Heimtuch nach den schimmernden Fluten des Bodensees beschlich.

(Fortsetzung folgt.)

Ekkehard

Eine Geschichte aus dem zehnten Jahrhundert von Joseph Victor von Scheffel

(Fortsetzung.)

„Aber was will das Dunkel in meinem Rücken?“ Er schaute sich um, rückwärts hinter den tannigen Vorbergen redete der Sänft seine Baden und Hörner empor, auf den verwitterten Felswänden hüpfte warmer Sonnenstrahl unsiet im Kampf mit dem Gewölke und strahlte vorüberstehend auf die Massen ersten Schnees, die in den Schluchten neuem Winter entgegenkamen. ... Ueber dem Kamm stand eine dunkle Wolke, sie dehnte und streckte sich, bald war die Sonne bedeckt, grau und matt wurden die Bergspitzen gefärbt, es schloß sich an, zu welterschleuchten. ...

Soll mir das ein Zeichen sein? sprach Ekkehard, ich verstehe es nicht. Mein Weg ist nicht zum Sänft.

Nachdenkend schritt er den Berg hinunter. In der Nacht betete er am Grabe des heiligen Gallus. Frühmorgens nahm er Abschied. Der Virgilius und Thietos Plätschen waren in die Reisetasche verpackt, sein übrig Gepäck sorgfältig beisammen.

Wenn selbst nicht der Körper, die Wünsche und Begierden zu eigener Verfügung stehen dürfen, soll auch weder an fahrender Habe noch an liegendem Gut ein eigen Besitztum ausüben.

Der Abt schenkte ihm zwei Goldschillinge und etliche Silberdenare als Zehr- und Notpfennig. Mit einem Hornschiff des Klosters fuhr er über den See, die Segel von günstigem Wind, die Brust von Mut und Wanderlust geschwellt.

Mittag war's, da rückte das Kastell von Konstanz und Dom und Mauerginzen immer deutlicher vor den Augen der Schiffsfahrer auf. Wohlgebet sprang Ekkehard ans Land.

In Konstanz hätt' er sich verweilen, im Hof des Bischofs Gastfreundschaft ansprechen mögen. Er tat's nicht. Der Ort war ihm zuwider, zuwider vom Grund seines Herzens, nicht wegen seiner Lage oder etwaigen Mibgestalt, denn an Schönheit weitteifert er kühnlich mit jeglicher Stadt am See, sondern wegen der Erinnerung an einen Mann, dem er gram.

Das war der Bischof Salomo, sie hatten ihn kürzlich mit großem Krunk im Münster begraben. Ekkehard war ein schlichter, gerader, frommer Mensch. Im Dienst der Kirche stolz und hochfahrend werden, schien ihm Unrecht, ihn mit weltlichen

Krieffen und Ränken verbinden, verwerflich, — trotz aller Herzensverworfenheit ein weitberühmter Mann bleiben; sonderbar. Solcher Art aber war des Bischofs Salomo Treiben gewesen. Ekkehard erinnerte sich noch wohl aus den Erzählungen älterer Genossen, mit welcher Jähzornigkeit sich der junge Edelmann in das Kloster eingeschlichen, den Späher gemacht, sich beim Kaiser als unentbehrlicher Mann darzustellen genügt, bis die Insel eines Abts von Saint Gallen mit der Mitra eines Bischofs von Konstanz auf seinem Haupt bereitigt war.

Und vom großen Schicksal der Kammerböden sangen die Kinder aus der Strahlen. Die hatte der ränkeflinnde Prälat gereizt und gekränkt, bis sie in der Hebe Recht suchten und ihn fingen: aber wiewohl Herru Erzhängers Gemahlin Verdacht in der Gefangenschaft hegte und pflegte wie ihren Herrn und den Friedenskuß von ihm erbat und aus einer Schüssel mit ihm aß, war sein Gemüt der Rache nicht gefähigt, bis des Kaisers Bericht zu Wingen seinen rauhen Feinden die Häupter vor die Füße gelegt.

Und die Tochter, die dem frommen Mann aus lustiger Studentenzzeit erwachsen, war jetzt noch Abtissin am Münster zu Zürich.

All das wußte Ekkehard; in der Kirche, wo der Mann begraben lag, mocht' er nicht beten.

Es mag ungerecht sein, den Daß, der den Menschen gebüßt, auf das Stück Land zu übertragen, wo sie gelebt und gestorben, aber es ist erklärlich.

Er schüttelte den Konstanzer Staub von den Füßen und wanderte zum Tor hinaus; dem sich kaum dem See entwindenden jungen Rhein blickte er zur Linken.

Von mächtiger Delfstaude schnitt er sich einen festen Wanderstab: wie die Aule Arons, da sie im Tempel Gottes aufgrünete, sein Geschlecht schied von den astrünnigen Juden, so möge dieser Stab, gemeißelt mit der Fülle göttlicher Gnade, mit ein Hort sein wider die Ungerechten am Wege, sprach er mit den Worten eines alten Stodgers. Vergnügt schlug ihm das Herz, wie er einsam fürhabt zog.

Wie hoffnungsgrün und beseligt ist der Mensch, der in jungen Tagen auf unbekanntem Pfaden unbekannter Zukunft entgegenzieht, — die weite Welt vor sich, der Himmel blau und das Herz frisch, als müßt' sein Wanderstab überall, wo er ihn ins Erdreich einstößt, Laub und Wälden treiben und das Glück als goldenen Apfel in seinen Zweigen tragen. Wandre nur immer zu! Auch du wirst einstmals müden Fußes im Staub der Geer-

Schluß des Badischen Landtags

Staatspräsident Trunk über den ersten Landtag der Republik Baden

Wie aus dem Landtagsbericht ersichtlich, hat der Badische Landtag gestern seine Tore geschlossen. Die am 5. Januar 1919 gewählte Volksvertretung geht nach Hause, um den am 30. Oktober neu zu wählenden Volksvertretern Platz zu machen. Wertvoll ist es deshalb, in diesem historischen Augenblick einen Überblick über das gewaltige Arbeitspensum zu erhalten, das der verfloßene Landtag erlebte. Diese Würdigung gab

Staatspräsident Trunk

in folgenden bei der Schließung des Landtags gemachten Ausführungen:

Die Parteien treten am 30. Oktober ds. Js. erstmals seit der Staatsumbildung vor die Wählerkraft des badischen Landes zur Neuwahl eines Landtags.

Vor diesem Ihrem Wegzug aus außerordentlicher und außerordentlich bedeutungsvoller Tätigkeit und Leistung und bevor das badische Volk das ihm zukommende Werturteil abgibt, scheint ein sachlicher Überblick über das wesentlichste aus Staatsverwaltung und Landtagsarbeit geboten. Nach der schon am 5. Januar 1919 erfolgten Wahl des verfassunggebenden badischen Landtags, in Ihrer Sitzung vom 15. Januar 1919, hat Herr Kollege Geis als Präsident der vorläufigen Volksregierung bei der Begründung in erster Reihe dem Dank an die Männer und Jünglinge unserer Heimat, die für uns in so langem Ausmaß während des Weltkrieges gelitten und gelitten haben, Ausdruck gegeben und er hat insbesondere ehrend gedacht der im Kriege in der Verteidigung des Vaterlandes Gebliebenen und ihrer Hinterbliebenen sowie der Kriegsinvaliden. Dieser Dank wird heute wiederholt.

Als erste in deutschen Ländern hat die badische vorläufige Volksregierung zur Wahl eines verfassunggebenden Landtags aufgerufen und Sie haben zuerst unter den übrigen größeren deutschen Ländern eine

neue Verfassung

geschaffen. Unter Überlieferung getreu und in gewissenhafter Ausführung des bereits am 10. November 1918 bei Bildung der vorläufigen Volksregierung ausgesprochenen Gesinnunges, daß Baden auch für die Zukunft ein Bestandteil des deutschen Reiches bilden solle, sind wir ohne Schwanken in allen Aktionen des Reiches — Versailles und Ulm — unentwegt zum Reich geblieben. Um die deutschen Länder zum Reich fest und dauerhaft zusammenzuschließen, um die deutsche Wirtschaft möglichst leistungsfähig zu gestalten und damit überhaupt das deutsche Volk angehörlidch wieder lebensfähig zu machen, wurde der Verwirklichung des Steuerwesens, dem Übergang der Eisenbahnen und Wasserstraßen auf das Reich zugestimmt, jedoch auch fernerhin soll übertritten, der Eigenart des Landes nicht genügend Rechnung tragenden Zentralisationsbestrebungen entgegengetreten und im Verhältnis zum Reich auf verständnisvolle Berücksichtigung der badischen Landesinteressen bestanden werden. Auf Grund badischer Volks- und Kultur-eigenart geworden und die gemohnte staatliche Selbständigkeit soll geübt und gepflegt werden, so daß sie auch fernerhin zu ihrem Teil unter voller und freudiger Anteilnahme der badischen Bevölkerung und diese mit den ihr eigentümlichen Fähigkeiten in edlem Stimmensverständnis mit den benachbarten süddeutschen und allen übrigen deutschen Ländern auch fernerhin beizugehen an der Gestaltung einer besonders hohen deutschen Kultur. Für die Kultusverwaltung wurden erhebliche Mittel bewilligt. Das weit entwickelte

Schulwesen

unseres Landes bedurfte in allen seinen Zweigen besonderer Fürsorge. Es galt, unsere Schulen trotz der finanziellen Notlage auf der Höhe zu halten, die für die Erhaltung unseres Kulturstandes und die Befundung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse unerlässliche Voraussetzung ist. Die Jugendpflege wurde durch Beschaffung von Turn- und Spielplätzen, durch Abhaltung von Kurzen für Lehrer und Lehrerinnen an der Lehrerbildungsanstalt und durch Einführung von Wandertourneen gefördert. Der Ausbau des Unterrichtswesens für Gewerbe und Handel wurde nach Möglichkeit gefördert. Organisationsänderungen im Bereiche der

Bildungsstätten

für Kunst und Kunstgewerbe, die Anordnung der öffentlichen Sammlungen und die Übernahme des früheren Postleiters erforderten die Aufmerksamkeit und Fürsorge des Landtags. Die Ungunst der Zeit machte sich auf diesen bedeutsamen Gebieten fernerhin geltend; es ist erfreulich, daß gleichwohl befriedigende Ergebnisse erzielt werden konnten. Zahlreiche Maßnahmen und gesetzliche Vorschriften wurden auf dem Gebiete des

Rechtswesens

erlassen. Von der Begnadigungsbefugnis wurde manchem dem mit der Strafe verfolgte Zweck der Abschreckung oder Besserung hinter die Kulissen auf die durch Entziehung des Ernährens unschuldig getroffenen Angehörigen und auf Schonung und Förderung jeder produktiven Arbeit zurückgestellt. Unter Vorwegnahme der bevorstehenden Reform des Strafrechts ist von bedingtem Strafausschuss und Straflaub — und wie gesagt werden kann, mit gutem Gelingen — reichlich Gebrauch gemacht worden. Die Steigerung der Kriminalität brachte eine außerordentliche Überfüllung der Gefängnisse mit sich. Ein besonderes Merkmal der Neuzeit ist die Zunahme der Zahl der Psychopathen unter der Jugend sowohl wie unter den Erwachsenen. Erfahrungen, die seit dem Anbruch gemacht wurden, lehren, daß Psychopathen bei Erregung von Unruhen stets in großer Masse beteiligt waren. Wer hier heilend eingreifen will, muß bei der Jugend einsetzen. Die Regierung hat sich deshalb entschlossen, die Fürsorgeziehung mehr als bisher auf den Boden psychischer Erkenntnis und Erfahrung zu stellen. Die Staatsumwälzung machte, wenn auch die

Verwaltungsorganisation

im ganzen unverändert blieb, doch Änderungen des Verwaltungsorgans in kleinerem Umfang erforderlich, so die Wahl der Bezirksräte anstelle ihrer Ernennung, Neuorganisation der Zusammensetzung der Kreisverwaltungen, Zuteilung zahlreicher Gemeinden zu anderen Amtsbezirken nach Maßgabe der geänderten Verkehrsverhältnisse. Nach Abbau der Volkswirtschaft wurde eine umfassende Neuorganisation der gesamten staatlichen Polizei in die Wege geleitet unter Neuschaffung der Gruppen-polizei, die für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der von der Reichswehr eintöhligen 50 Kilometer-Zone von erhöhter Bedeutung ist. Die Entwaffnung der Zivilbevölkerung wurde entsprechend den Anordnungen des Reiches durchgeführt. — Im Grenzverkehr wurden in der Nachkriegszeit die Beziehungen mit der Schweiz wieder aufgenommen. Auf dem Gebiete der Medizinallivität wurden mannigfache Vorschriften erlassen. Der Fürsorge an von Haus und Hof durch den Krieg und seine Folgen betroffenen Hilfsbedürftigen Auslandsdeutsche wurden nennenswerte Mittel zugewendet.

Die Zwangswirtschaft

war unter dem Druck der Blockade im Verlauf des Krieges nach und nach auf alle wichtigeren Gegenstände des täglichen Bedarfs ausgedehnt worden. Nach dem Kriege konnte sie nicht sofort entbehrt werden, da sich nach dem Waffenstillstand zunächst die Blockade wesentlich verschärfte und nach Abschluß des Friedensvertrags sowie nach Wegfall der Blockade die Einfuhr der notwendigen Auslandswaren wegen der Entwertung unserer Mark nur in beschränktem Umfang möglich war. Baden war in einer besonders schwierigen Lage, da es fast für alle wichtigen Lebensmittel Bedarfsland ist. Besondere Aufmerksamkeit erforderte die Bekämpfung des Wunders- und Schieber-tums, nachdem Baden Grenzland geworden war. Eine wesentliche Aenderung konnte erst das Frühjahr 1920 bringen. Der Abbau der Zwangswirtschaft wurde nunmehr im Hinblick auf die verstärkte Möglichkeit einer Einfuhr von Auslandswaren mit Nachdruck betrieben. Gestützt auf den Beschluß des Landtags vom 29. Juli 1920 wurde von einer weiteren Durchführung der Zwangswirtschaft für Kartoffeln, Getreide, Schlachtvieh und Fleisch, Holz- und Speisefette, Zerkleinertes, Schlachtvieh, deren völlige Freigabe durch das Reich später erfolgte, abgesehen. Obgleich es im wesentlichen nur noch eine gewisse Zwangswirtschaft des Getreides und der Milch, soweit sie im Interesse der Minderbemittelten sowie der Kranken und Kinder noch notwendig erscheint. Auch die während des Krieges geschaffene Brennholzverwaltung konnte bereits wieder aufgehoben werden, während auf dem Gebiet der Bewirtschaftung der Kohlen die Aufgaben der inneren Verwaltung noch nicht beendet sind. Die während des Krieges von den Gemeinden für die Einfuhr von Milch und von Zuchtgenossenschaften und von Einzelpersonen für die Einfuhr von Vieh eingegangenen Schulden gegenüber schweizerischen Gläubigern haben zufolge der nach Beendigung des Krieges einsetzenden Markentwertung eine solche Höhe erreicht, daß ihre Abtragung im Wege des Ankaufs von ausländischen Zahlungsmitteln den Schuldner nicht mehr möglich war. Die Regierung hat sich fortgesetzt in nachdrücklicher Weise bemüht, die Lage der Schuldner zu bessern. Auf dem Gebiet des Gemeinderichts wurde, nachdem durch das Gesetz vom 13. März 1919 die Anpassung des Gemeindeverfassungsrechts an die neuen Verhältnisse in den wichtigsten Punkten bereits durchgeführt worden war und eine Erneuerung sämtlicher Gemeindefollegien auf Grund des neuen Wahlrechts stattgefunden hatte, dem Landtag bereits im Frühjahr 1920 der Entwurf einer

neuen Gemeindeordnung

vorgelegt, die nun Ihre einstimmige Zustimmung gefunden hat. Es darf erwartet werden, daß dieses grundlegende, freiblich ausgestaltete Gemeindegesetz, durch das vielen längst gehegten Wünschen der Gemeinden entsprechen wird, die Grund-lage freudiger Betätigung des Volkes in den Gemeinden wird und dadurch zur Gesundhaltung dieser und der übergeordneten Verbände beiträgt. Im Rahmen der Gemeindeordnung fand auch das Recht der Gemeindebeamten erstmals in Baden eingehende gesetzliche Regelung, insbesondere ihre dienstliche und materielle Stellung. Ergänzt werden die Bestimmungen der Gemeindeordnung in dieser Richtung durch die Gesetze über die Befolgung der Gemeinde- und Körperchaftsbeamten. Durch das mit dem 1. Oktober d. J. in Kraft getretene neue Fürsorge-gesetz für Gemeinde- und Körperchaftsbeamte wurde der Kreis der Beamten und Angestellten, welche der Wohlfahrt der Fürsorge-kasse teilhaftig werden, erheblich erweitert und die Besüge aus der Kasse, soweit dies im Rahmen einer Berücksichtigungsanstalt möglich war, erhöht. Die Anpassung des Finanzrechts der Gemeinden und Kreise an die immer noch in ständigem Fluß befindliche Reichssteuererhebung machte eine größere Zahl von Gesetzen und Verordnungen erforderlich. Die Besteuerung des Realvermögens und Betriebsvermögens durch die Gemeinden und Kreise wurde für die Rechnungsjahre 1920 und 1921 vorläufig geregelt und schließlich in dem Grund- und Gewerbe-steuererhebungsgesetz eine neue Grundlage für die Regelung der Finanzen der Gemeinden und Kreise geschaffen. In der

Landwirtschaft

handelte es sich vor allem darum, die durch den Krieg und seinen unglücklichen Ausgang verminderte Produktion so rasch als möglich auf den früheren Stand zu bringen. Dem sich in erfreulicher Weise fühlbar machenden erhöhten Bedürfnis der Landwirtschaft nach Fachschulbildung ist durch Errichtung von acht neuen landwirtschaftlichen Winterschulen und durch die Übernahme der Ackerbauschule Hochburg in Staatsbetrieb Rechnung getragen worden. Der Hebung des Weinbaus dient die Einrichtung des Weinbauinstituts Freiburg und staatlicher Musterwinzerge. Die wachsende Bedeutung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens hat die Regierung richtig erkannt. Dabei ließ sich die Regierung die Versorgung der Landwirte mit Rohstoffen, hauptsächlich mit künstlichen Düngemitteln, besonders angelegen sein. Auch um die Verbilligung der Frachtarife hat sich die Regierung bemüht. Die Folgen schädlicher Ereignisse, wie Anfallschlag und Trockenheit, wurden durch namhafte Geldbeihilfen gemildert, der staatliche Hagelversicherungsfonds wieder aufgefüllt. Die Förderung der durch den Krieg in ihrem Bestand schwer geschädigten landwirtschaftlichen Tierzucht wurde in die Wege geleitet. Eine Anpassung des Landwirtschaftskammer-gesetzes an die neue Zeit, besonders hinsichtlich der Zusammen-fassung der Landwirtschaftskammer und des Wahlrechts, ist erfolgt. Die durch die Geldentwertung hervorgerufene Veränderung auf allen landwirtschaftlichen Gebieten führte zum Erlaß der Pachtordnung vom 12. Januar 1921. Durch das Gesetz vom 23. Juli 1921, die Feuerversicherung während der Kriegszeit betreffend, wurden in Fortsetzung der Gesetzgebung während des Krieges die Zuschläge für die Brandentschädigungssumme neu festgelegt. — Schwierige Aufgaben stellte der unglückliche Ausgang des Krieges, die Blockade und die Kassen des Verfallens Vertrags der Regierung auf dem Gebiete der

sozialen Fürsorge

In erster Linie galt es, den völlig in Unordnung geratenen Arbeitsmarkt zu regeln, Arbeitslosigkeit zu schaffen und die vorhandene gerecht zu verteilen. Zurzeit sind neben 30 Arbeits-amtern 28 Bezirksarbeitsämter über das ganze Land tätig. Die strenge Durchführung des

achtstündigen Arbeitstages

eines der wesentlichen sozialpolitischen Fortschritte der letzten Jahre, hatte auch als Mittel zur Verbilligung von Arbeitslosigkeit wichtige Folgen. Die große Zahl der Ende 1918 demobilisierten Kriegsteilnehmer ließ ein

Arbeitslosenheer

entstehen, dessen Stärke in Baden im Januar 1919 27 588 betrug. In großem Umfang wurden aus Mitteln des Reichs, des Landes und der Gemeinden Notstandsarbeiten organisiert, welche auch jetzt noch beinahe unverändert fortgeführt werden. Das Land wird dafür bis zum Schlusse des laufenden Rechnungsjahrs etwa 20 Millionen Mark aufgewendet haben, womit durchschnittlich 4000 Erwerbslose beschäftigt werden konnten. Da-

neben sind zur Unterstützung der bedürftigen Erwerbslosen, denen Arbeit nicht zugewiesen werden kann, große Mittel auf-gewendet worden, deren Höhe sich für den Anteil des Landes bis zum Ende des Rechnungsjahrs auf rund 30 Millionen Mark belaufen wird. Die ergriffenen Maßnahmen im Verein mit der Entwicklung unserer Wirtschaft ließen dann auch die Zahl der Erwerbslosen mit einigen Schwankungen stetig zurückgehen; wir sind heute mit rund 1678 unterstützten Erwerbslosen auf den niedrigsten Stand seit dem Ende des Krieges angelangt. Zu diesem verhältnismäßig günstigen Ergebnis haben vor allem die auf die Erhaltung des Wirtschaftsfriedens gerichteten Maßnahmen viel beigetragen. Den Hauptanteil haben die aus dem Hilfsdienstgesetz herrührenden Schlichtungsausschüsse gehabt, denen durch das Betriebsrätegesetz auch die Streitigkeiten über Einstellung und Entlassung von Arbeitern zugewiesen wurden. Das Betriebsrätegesetz selbst hat für das friedliche Verhältnis zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern überwie-gend gütlich gewirkt. In ihrer Mitarbeit an der reichsgesetz-lichen Bekämpfung der Arbeiter und Angestellten bemühte sich die Regierung, die Versicherungsgrenze dem gesunkenen Geld-werte entsprechend zu erhöhen und ihm die Renten anzupassen, aber zugleich die Beiträge so zu erhöhen, daß eine dauernde Leistungsfähigkeit der Kasseneinrichtungen gewährleistet wird. Die Kriegswohlfahrtspflege konnte neuerdings stark abgebaut werden, nachdem sie noch in den Jahren 1919 und 1920 erhebliche Aufwendungen verursacht hatte. Besondere Aufgaben erwachsen dem Lande durch die Versorgung der zahlreichen deutschen Wehr-leute aus der Schweiz.

Eine Pflicht zur Unterstützung liegt gegenüber den Kriegs-beschädigten und Kriegshinterbliebenen vor. Infolge der Geldentwertung ist eine neue Klasse Bedürftiger, der sogenannten Kleinrentner, entstanden. Es ist daher erstmalig in dem Voranschlag für 1921 ein Betrag von bereit 500 000 M. vorgesehen, der bald wird erhöht werden müssen. Daraus sollen durch Ver-mittlung der Gemeinden den bedrängten Kleinrentnern Zu-schüsse zu ihrem Einkommen bewilligt werden. Der durch den Krieg und die Blockade stark gefährdete

Gesundheitszustand der Jugend

zuzug zu energischen Maßnahmen. Der für 1919 bewilligte Kredit von 100 000 M. zur Aushebung von Kindern nach der Schweiz stieg im Jahre 1920 auf 1 000 000 M. und im Jahre 1921 auf 1 500 000 M. Diese Mittel fließen größten Teils den Kindern ausfindenden Gemeinden und charitativen Lan-desverbänden als Zuschüsse zu, zum kleineren Teil den großen Erholungsheimen auf dem früheren Truppenübungsplatz Heu-berg, wo im Jahre 1920 schon 5000 badische Kinder Aufnahme fanden. Erfreuliche staatliche Mittel wurden für Kinder- und Säuglingsfürsorge, besonders zur Unterstützung schwer um ihre Betreuer ringender Anstalten, aufgewendet. Zur Vertiefung der Fürsorge für die nahezu 1100 Blinden wurde ein Landes-blindenspieler ange stellt. Die Regierung betrachtete es als eine ihrer vornehmsten Aufgaben, der seit dem letzten Kriegsjahr in steigendem Maße sich geltend machenden Wohnungsnot zu steuern, einmal durch scharfe Erfassung und Ausnützung des bestehenden Wohnraumes, sodann hauptsächlich durch För-derung des

baus neuer Wohnungen

Nachdem verschiedene badische Verordnungen die Möglichkeit der Beschlagnahme von Teilen benützter Wohnungen, die Rationierung des Wohnraums und eine Regelung der Miet-zinsberechnung gebracht hatten, erfolgte eine zusammenfassende Regelung der Maßnahmen gegen Wohnungsmangel, durch die Verordnung des Arbeitsministeriums vom 2. August 1920. Der Förderung der Neubautätigkeit stellten sich ungeheure Schwierigkeiten entgegen. Das fast gänzliche Fehlen von Kohlen und sonstigen Brennstoffen verursachte einen drückenden Mangel an Baustoffen. Der damit verbundenen Gefahr uneträglicher Preissteigerung mußte durch den weiteren Ausbau der schon während des Krieges eingeführten Baustoffbewirtschaftung be-gegnet werden. Das Haupthindernis für eine umfassende Neu-bautätigkeit lag indessen und liegt noch heute in der in schwächerem Maße schon während des Krieges, sodann aber nach Krieges-ende in ungeahnter Schärfe eingetretenen Ueberentwertung der Erhaltungskosten. Die Regierung hat es sich mit Erfolg beson-ders angelegen sein lassen, sich beim Reich für die Zuweisung reichlicher Mittel für das infolge seiner Lage als Grenzland durch den Zustrom von Flüchtlingen usw. schwer belastete Land Baden fortgesetzt mit allem Nachdruck einzusetzen. Für das laufende und kommende Jahr wird nach dem nunmehr berab-schiedeten Gesetz ein Betrag von 210 Millionen Mark aufgebracht werden, die Verzinsung und Tilgung dieses Betrages soll durch die ebenfalls beschlossene Wohnungsabgabe erfolgen. Die jetzt bewilligten Mittel werden die Erstellung von Neubauten in wesentlich größerem Umfang als bisher ermöglichen, aber zu einer völligen Behebung der Wohnungsnot nicht ausreichen. Auch die private Bautätigkeit wurde angeregt. Die zum Teil hochgespannten Erwartungen auf eine größere Erhaltungstätigkeit im Lande konnten und können nicht erfüllt werden, da zu umfangreichen Neubesiedlungen verhältnismäßig wenig Neuand zur Verfügung steht. Bedeutungsvoller aber bleibt die Durch-führung von Kulturverbesserungen. Nachdem durch den Artikel 97 der Reichsverfassung bestimmt war, daß die Wasserstraßen der Länder in das Eigentum und die Verwaltung des Reichs übergehen, ergab sich für die Regierung die Aufgabe, wenigstens die wertvollen Wasserkräfte an den schiffbaren Gewässern für das Land zu erhalten. Dies gelang nach dem vom Landtag gelesenen genehmigten Staatsvertrag hinsichtlich der wertvollsten und bedeutendsten Wasserkräfte am Oberrhein. An der zur Reduktion der gebildeten Redaktionsgesellschaft glaubte sich das Land beteiligen zu sollen. Die Arbeiten sind zwischen Heidelberg und Mannheim seit 1920 im Gang. Verhandlungen über die Kanalisierung des Rheines sind noch nicht zum völligen Abschluß gelangt. In seinen

Wasserkräften

ist unserm Land ein Ausgleich für die ihm fehlenden Kohlen verliehen. Aus diesem Grund ist das Großkraftwerk an der oberen Ruhr vom Staat selbst erstellt worden; es konnte 1918/19 in Betrieb genommen werden und beherrscht seitdem die öffent-liche Elektrizitätsversorgung Mittel- und Unterbodens. Das Unternehmen hat alle darauf gesetzten Erwartungen erfüllt. Die Versorgung des Landes mit elektrischer Energie wurde sofort nach dem Krieg mit Hochdruck aufgenommen. Nach aber hatten große Aufgaben der Landeselektrizitätsversorgung; es gilt, unabhängiger von der Kohle zu werden. Um die hierzu erforderlichen bedeutenden Geldmittel günstig zu beschaffen, er-suchen es notwendig, die bisher als ein Teil der staatlichen Ver-waltung bestehende Landeselektrizitätsversorgung auf eine privatwirtschaftliche Grundlage zu stellen. Sie wurde im Juli ds. Js. in eine Aktiengesellschaft

Badenwert

umgewandelt, deren Aktien in ausschließlichem Besitz des Staates sind. Diesem Unternehmen sind schon jetzt 400 Millionen Mark an Obligationen zur Verfügung gestellt, ein Beweis für

das Vertrauen, welches ihm mit Recht entgegengebracht wird. Durch das Reichsgesetz über die Reichsfinanzverwaltung vom 10. September 1919 ist mit Wirkung vom 1. Oktober 1919 die Steuerhoheit auf den meisten Gebieten auf das Reich übergegangen. Die badische Zoll- und Steuerdirektion hörte mit diesem Tage auf zu bestehen, die Bezirks- und Ortsstellen wurden dem aus der Zoll- und Steuerdirektion hervorgegangenen neuen Landesfinanzamt Karlsruhe unterstellt. Um die Vermögensbesteuerung, soweit sie dem Lande nach dem Uebergang der Finanzverwaltung an das Reich verbleiben ist, fortsetzen zu können, waren verschiedene Steuererlasse nötig. Die fortgeführten Geldentwertung und die dadurch bewirkte Erhöhung der Ausgaben auf allen Gebieten machten die Schaffung weiterer Einnahmen nötig; zu diesem Zwecke wurde die Wandlersteuer durch Gesetz vom 22. Dezember 1920 durch Gesetz vom 23. Mai 1921 erhöht. Im Vollzug des vom Reich beschlossenen Landessteuererlasses vom 30. März 1920 wurde für Baden das Ausführungsgesetz dazu (Steuerverteilungsgesetz) vom 4. August 1921 und das Gesetz über die Steuern vom Grundvermögen und vom Gewerbebetrieb (Grund- und Gewerbesteuererlasse) vom 4. August 1921 erlassen, das dem Staat die erforderlichen Einnahmen zur Deckung des größten Teils des im Staatshaushalt vorhandenen Fehlbetrags verschaffte. Auf dem Gebiet der

Beamtenfürsorge
 sind hervorzuheben: Das Besoldungsgesetz vom 21. Mai 1920, das in Anlehnung an das Reichsbesoldungsgesetz vom 30. April 1920 erlassen worden ist, und die Neufassung des Badischen Besoldungsgesetzes vom 22. März und 29. Juli 1921, das nach langen und schwierigen Verhandlungen zustande gekommen ist. Die Gesetze vom 5. August 1920, 22. Dezember 1920, 15. Februar 1921 und 15. September 1921 regeln der fortgeführten Teuerung entsprechend die Höhe der im Besoldungsgesetz vorgesehenen Teuerungszuschläge für die Beamten. Das dem Reichsgesetz vom 21. Dezember 1920 entsprechende badische Gesetz vom 2. März 1921 über die Ergänzung und Regelung von Bezügen der Ruhegehaltsempfänger und Beamtenhinterbliebenen brachte diesen die notwendig gewordenen Aufbesserung ihrer Bezüge. Am 1. April 1920 hat das Reich die Badischen Staatsbahnen übernommen. Der hierüber abgeschlossene Staatsvertrag wurde vom badischen Landtag durch das Gesetz vom 21. April 1920 genehmigt. Mit dem Gesetze vom 31. Juli 1919 wurde das Erforderliche wegen der Uebernahme der durch die politischen Umwälzungen aus ihren bisherigen Stellen ausgeschiedenen Beamten in den badischen Staatsdienst geordnet, ebenso wie auch die Uebernahme ehemaliger Reichs- und Militärbeamten sowie von Angehörigen der Elsass-Lothringischen Landesverwaltung. Bei der Badischen Post und verschiedenen führenden Schiffahrtsgesellschaften hat sich der Staat durch Aktienbesitz mitgehenden Einfluß gesichert.

Zum Schluß ist noch folgendes zu sagen: Es schaut in Wahrheit die seit dem 9. November 1918, nach Kriegszusammenbruch, in Mitleid ungeschickter Kriegskammer, unter Wirren, Stürmen und Wehen verwichener Art im Lande Baden gestützte Regierung, und Parlamentsarbeit aus. Gebe Gott fürderhin Segen dem Lande und dem Volke. Es lebe das Recht, die in Menschenliebe wurzelnde Tat, grund dessen die Freiheit.
 Es lebe Baden, es lebe das Reich.

Badischer Landtag.

Schlusssitzung

gr. Karlsruhe, 7. Oktober.

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 8.40 Uhr.

Den Ausschuhbericht über die Verhandlungen zur Ortsklasseneinteilung

gibt Abg. Weismann (Soz.) namens des Ausschusses, indem er über die von uns bereits mitgeteilten Verhandlungen in Berlin berichtet, wohin vom Landtag die Abg. Jürg (Dem.), Weismann (Soz.), Schneider (Ztr.) und Mager (D.N.) gesandt wurden. Erst durch Vermittlung des Reichsstatistikamtes gelang es am Mittwoch, 24. August, und die folgenden Tage beim Präsidenten des Reichsstatistikamtes mit unseren Wünschen zu Wort zu kommen. Die Verhältnisse Badens wurden hierbei ausführlich geschildert und die Notlage der bad. Beamten dargelegt, woraus sich die Forderung der badischen Ortsklasseneinteilung ergeben mußte. Vor allem wird in Baden als Grenzland die Forderung der Schweizer verteidigt. Diese Darlegungen machten schließlich Eindruck. Zu erwähnen ist, daß die badischen Verhältnisse nicht von preussischer Seite geprüft werden, sondern von hessischer und elsaß-lothringischer Seite. Dann wurden auch die Verhältnisse im Rheingebiet und in den kleinen Städten neben den Großstädten beleuchtet. Wie dann im Ausschuh der Regierungsvertreter miteilen konnte, habe er in Berlin beobachtet, daß die Ausführungen der badischen Abgeordneten nicht nur Eindruck gemacht hatten. Es sollen nunmehr 413 Gemeinden von Baden = 20 Proz. gehoben werden. Das Finanzministerium wurde von den Beamtenvertretern ersucht, ein brauchbares Ortsklassenverzeichnis herzustellen. Das Berliner Ortsklassenverzeichnis ist nur vorläufig. Im Ausschuh wurde dann ein Antrag angenommen, die Einführung in höhere Ortsklassen mit allem Nachdruck zu verfechten. In einem Schreiben bezeichnete

der Abg. Mager

der mit nach Berlin gefandt wurde, die Reise als verfehlt. Er erklärte dann im Schreiben, abzureisen, um dem Staat nicht unnötige Kosten zu verurteilen. Das Schreiben des Herr Mager wurde dann im Ausschuh besprochen. Herr Mager reiste tatsächlich in derselben Stunde ab, in der in Berlin die Besprechung der zurückgeliebten Abgeordneten mit dem Präsidenten des Reichsstatistikamtes stattfand. Dann sagte auch Herr Mager, daß er aus geschäftlichen Gründen abreisen müsse. Bedauert wurde, daß Herr Mager am 24. August abends meging, wo seine Anwesenheit bei den Verhandlungen nötig war. Er war um jene Zeit

heim Frontkämpfersact im Stadion.

(Hört! Hört!) Er freute sich, um jene Zeit in der Nähe des Herrn Ludendorff stehen zu dürfen, während er bei den Verhandlungen sein sollte. Wir waren dagegen der Ansicht, daß wir in Berlin uns den Beamten zu widmen haben. Das Verhalten des Abg. Mager wurde im Ausschuh scharf kritisiert. Selbst die Deutschnationalen bedauerten die Abreise des Herrn Mager. Der Ausschuh war der Ansicht, daß Herr Mager den Verhandlungen für die Beamten hätte beiwohnen sollen, statt ins Stadion zu gehen.

Abg. Mager (D.N.) erklärt es für notwendig, über seine Berliner Reise dem Ausschuh den bezeichneten Bericht geben zu müssen. Am liebsten wäre ich auf die Sache gar nicht mehr eingegangen. (Geheul.) Nach Lage der Sache erkläre ich, keine andere Möglichkeit mehr zu sehen als abzureisen. Wir waren geschickt zur Beschlußfassung (Hört! Widerspruch). Da dies nicht erreicht wurde, zog ich die Konsequenzen. Ich war allerdings eine Stunde im Stadion und stand neben Ludendorff. Finanzminister Köhler: Ich habe Verständnis dafür, daß Herr Abg. Mager ein Bedürfnis hat, die Blöße zu beden, die er sich gegeben hat. Ich muß es aber ablehnen, daß die Staatsregierung von ihm als erste Sünderin hingestellt ist. Es ist etwas herabzusetzen. Dies gegenüber dem Herrn Abg. Mager. Es sind

sachliche Überprüfungen

bergenommen worden durch die Verhandlungen der Beamtenvereine und der Abgeordneten (Hört, Hört!). Wenn

Herr Mager leere nach Hause kam, so trifft dies nicht für diese zu. Denn es wird sich zeigen, daß umfassende Überprüfungen erzielt wurden. Der Gedanke, 3 Ortsklassen zu schaffen, kam nicht vom Abg. Mager, sondern vom badischen Finanzministerium und wurde vor Monaten bereits vom Landtag gebilligt. Unser Berliner Gesandter ist beauftragt, auch wegen der neuerlichen Wünsche Rücksprache zu nehmen. Denn die Frage der Ortsklasseneinteilung ist außerordentlich wichtig. Durch unüberlegte Handlungen der Beamten wird jedoch nichts erreicht.

Abg. Dr. Schöfer (Ztr.): Es ist ein Fall Mager, der vorliegt. (Zwischenruf: Welcher von den Fällen Mager?) Der Fall Mager bei den Berliner Verhandlungen wegen der Ortsklasseneinteilung. Es ist noch nie vorgekommen, daß ein Einzelmitglied eines Ausschusses eine Sonderaktion machte. Man sollte die alten Gepflogenheiten pflegen. Der separate Bericht des Herrn Mager wäre besser unterblieben. Der Auftrag des Herrn Mager war ein Auftrag des Landtags. Es stand nicht in seinem Ermessen ihn durchzuführen oder nicht. Er mußte seinen Auftrag ausführen. Ob dabei etwas erreicht wird oder nicht, kam dabei gar nicht in Frage. Dabei wird jedoch festgehalten, daß die übliche Delegation doch etwas erreicht. Seine Feststellungen haben allerdings ganz gewisse Zwecke. Neben polemisiert gegen die Deutschnationalen und macht Feststellungen über eine mangelhafte Meldung des „Lauber- und Frankensboten“, die jedoch nicht der Zentrumskorrespondenz, sondern der Telegraphen-Union entnommen wurde.

Abg. Jürg (Dem.) betont die Wichtigkeit der Berliner Verhandlungen, an denen Abg. Mager nicht teilnehmen wollte. Gerade als die badischen Beamtenverhältnisse besprochen wurden, reiste jedoch Herr Mager ab.

Abg. Schneider-Heidelberg (Ztr.): Mager erkläre von vornherein, daß er nicht die ganze Woche in Berlin bleiben könne. Dies ist auch festzustellen. Herr Mager wies auch darauf hin, er sei Opposition und die anderen seien Koalition, weshalb diese verhandeln sollten.

Abg. Mager (Soz.) erklärt, daß selten eine Drumherumrede gehört wurde als die Ausführungen des Abg. Mager. Der Abg. Mager wird nachher eine „Berühmtheit“ im badischen Landtag. Dies brüht sich allerdings nicht nach der angenehmen Seite aus. Wenn die Deutschnationalen mehr als nötig verhöhnt wurden, so verhalten sie es der arroganten Weise des Abg. Mager (Präsident Kopf rügt den Ausdruck). Ich erinnere an die neuliche Auseinandersetzung des Abg. Mager mit dem badischen Präsidenten. Der Ausdruck „feindliches Ausland“ mit dem er badische Teile meint, hat bei Abg. Mager eine merkwürdige Bedeutung. Im Hintergrund wird fortgesetzt, daß Herr Mager neben dem Bild bei Herrn Ludendorff zu stehen, in Würzburg noch an einer Orgelschlagung teilnahm. Wenn die Delegation so gehandelt hätte, wie Abg. Mager, hätte sie sich nicht verhalten sollen.

Abg. Dr. Mager-Karlsruhe (D.N.) erklärt, daß die Deutschnationalen beim Zentrum von vornherein verurteilt sind. Man kann verschiedene Meinungen darüber sein, ob es klug war vom Abg. Mager, Berlin als einziger zu verlassen. Doch wird er dafür seine Gründe gehabt haben.

Abg. Dr. Baumgartner (Ztr.) erklärt, daß Abg. Dr. Mager-Karlsruhe die Bedeutung seiner Partei überschätzt, wenn er meint, daß die Koalition nur aus Opposition gegen die Deutschnationalen gegründet wurde. Redner polemisiert gegen eine Rede des deutschnationalen Abg. Fischer, worin dieser die Beamten und deren Besoldung kritisiert. Eine derartige beherrschende politische Tätigkeit, den einen Stand gegen den anderen auszuspielen, sollte unterbleiben. Der Berliner Delegation spricht meine Fraktion den Dank aus.

Abg. Mager (D.N.) stellt fest, daß er nicht in Würzburg war.

Abg. Weismann (Soz.) weist in seinem Schlusswort auf die Bemühungen des badischen Staatsministeriums hin, der Delegation zum Erfolg zu verhelfen. Es ist notwendig, auch künftig die Frage der Ortsklasseneinteilung im Auge zu behalten.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen und die Regierung ersucht, die vorgeschlagenen Beschlüsse mit allem Nachdruck zu vertreten.

Eisenbahnerfragen

Abg. Seubert (Ztr.) begründet seine förmliche Anfrage, um bei der Einführung den ehemals badischen Eisenbahnbeamten das gleiche Recht wie den bayerischen zu sichern. Wir wollen die Vereinfachung der Bahnen, aber nicht deren Verprechtung. Die Beamten wollen nicht preussische, sondern Reichsbeamte werden.

Finanzminister Köhler: Es ist richtig, daß das Reichsverkehrsministerium mit einzelnen Ländern Sonderabkommen getroffen hat. Wir verlangen nun das gleiche Recht bezüglich der Einführung und der Dienstaltersberechnung. Die Verhandlungen sind noch im Gange. Bezüglich der Dienstaltersberechnung sind uns Zusagen gemacht worden. Wenn unsere Wünsche bezüglich der Einführung unserer Beamten nicht erfüllt werden, so gehen wir an den Staatsgerichtshof. Alle Schritte werden wir im Benehmen mit den Organisationen vornehmen. Von einer „Verprechtung“ der Bahnen kann man nicht reden. Wir sind in Baden eben nur der 30. Teil des Reiches.

Abg. Gortz (Soz.) begründet folgenden Antrag: Das Staatsministerium wird ersucht, gegenüber der Reichsregierung auf das Entschiedenste dafür einzutreten, daß der § 40 des Staatsvertrags über den Uebergang der Staatsbahnen in das Eigentum des Reiches von seiten des Reiches erfüllt wird, daß insbesondere

die invalid gewordenen Arbeiter und ihre Hinterbliebenen wie bisher Beihilfen und Unterstützungen

erhalten und auf keinen Fall schlechter gestellt werden als die württembergischen Invaliden und als sie sich fänden, wenn die Eisenbahnen noch dem Lande Baden gehörten.“ Der Antrag will, daß das Reich seine eingegangenen Verpflichtungen gegenüber den Invaliden erfüllt. Wir kennen die Notlage des Reiches. Aber wir sind der Meinung, daß mit dem Sparen nicht bei den Armen der Armen, bei Invaliden, Witwen und Waisen angefangen werden darf. Die Renten stehen in keinem Verhältnis zum Existenzminimum; es ergibt sich ein Fehlbetrag gegenüber dem Existenzminimum von über 15 000 M. Die Renten reichen unzulänglich aus und die Beihilfen sind nötig, wenn die Invaliden nicht Hungers sterben sollen. Dem Staatsvertrag zufolge ist das Reich zu den Beihilfen verpflichtet und die Regierung muß sich dafür einsetzen.

Oberregierungsrat Seeger teilt mit, daß die Regierung beim Reichsverkehrsministerium vorstellig war. In Württemberg erfüllte eine diesbezügliche Verordnung. In Baden bestand diese Verordnung nicht; doch wurden in Baden die gleichen Bezüge wie in Württemberg bezahlt. Der Reichsverkehrsminister erklärte, daß für ihn die Verordnung maßgebend sei. Doch gab er zu, daß materiell Veranlassung vorliege einzugreifen. Er will nun Summen einstellen, um den Fehlbetrag zu decken. Abg. Marum (Soz.): Was dahin sind die Leute verhungert! Wir werden Veranlassung der Ueberweisung verlangen, damit den Leuten zukommt, was sie zum Leben brauchen.

Die Abg. Müller-Karlsruhe (Ztr.), Freudenberg (Dem.), der erklärte, daß durch die Geldentwertung, die soziale Gesetzgebung heute keine soziale Gesetzgebung ist und Abg. Mager (D.N.) unterstützen den Antrag.

Finanzminister Köhler erklärt, unter Bezugnahme darauf, daß sein Vater selbst Eisenbahnarbeiter war, so daß er die Verhältnisse kennt, den Antrag lebhaft zu unterstützen und auf Befriedigung zu drängen.

Abg. Marum (Soz.) hofft auf Erfolg des Antrags. Es ist ein Skandal, wie die Renten behandelt werden. Wir haben erwartet, daß man den Vertrag anständig auslegt. Es muß ein Gefühl des Anstandes sein, daß die Leute zu ihrem Recht kommen.

Der Antrag Gortz (Soz.) wird einstimmig angenommen.

Es folgt die Beratung einer Reihe Petitionen. Von der Stadtgemeinde Heidelberg ist eine Petition bezüglich der Arbeitslosen eingelaufen. Arbeitsminister Dr. Engler erklärt sich beim Reich zu bemühen, um zur Steuerung der außerordentlichen Notlage Mittel zu erhalten. Die Petition wird empfohlen überweisen. — Ueber das Gesuch des Privatdozenten A. Ruge in Heidelberg „wegen Vergewaltigung der akademischen Freiheit“ wird zur Tagesordnung übergegangen.

Den Antrag Gortz (D.N.) bezüglich der Entschädigung der von der Redaktionsliquidation betroffenen Landwirte, beantragt Abg. Marum (Soz.) von der Tagesordnung abzusehen, da der Antrag erst im Ausschuh zu prüfen ist, weshalb er vom nächsten Landtag zu behandeln ist. Abg. Jürg (Dem.) und Abg. Schneider-Heidelberg (Ztr.) schließen sich dem Vordränger an, da in dieser Frage noch viel zu schlichten ist. — Der Antrag Marum wird gegen die Deutschnationalen angenommen.

Die Wahl des landständischen Ausschusses ergibt folgendes Ergebnis: Baumgartner (Ztr.), Seubert (Ztr.), Wittmann (Ztr.), Mager-Heidelberg (Soz.), Marum (Soz.), Strobel (Soz.), Dietrich (Dem.), Glöckner (Dem.) und Mager-Karlsruhe (D.N.).

Abg. Mager (D.N.) gibt in Polemik gegen den Abg. Marum in persönlicher Bemerkung Erläuterungen über seine Tätigkeit während des Krieges bei der Kraftfahrtruppe (Zwischenruf links: Das war seine Arbeitsstelle).

Präsident Dr. Kopf gibt den Geschäftsbericht des Landtags und weist auf die rege Arbeitstätigkeit in der verflochtenen Legislaturperiode hin.

Abg. Marum (Soz.) dankt im Namen der sämtlichen Fraktionen des Landtags dem Präsidenten für seine Geschäftsführung. Es sind nicht nur Worte des Dankes, sondern auch des Abschieds, da der Präsident sein Mandat mehr annimmt. Ich darf bei Dank auf das ausdehnen, was der Präsident, der 1898 erstmalig in den Landtag einzog, dem Hause und dem Lande leistete. Ich wünsche allen Kollegen, daß sie in dem Alter des Kollegen die Frische des Geistes, die Abgeschiedenheit des Urteils die vornehme Bemühung des Präsidenten bewahren (Beifall.) Auch der Kollege Jürg, der Vizepräsident des Hauses, scheide aus; auch ihm gelten die Worte des Dankes.

Präsident Kopf dankt für die anerkennenden Worte mit dem Hinweis, daß er 1898 neben den Abg. Geiß, Benedix und Heimbürger als Jugendsekretär funktionierte. Wenn ich mit bewegtem Herzen scheidet, so ist dies auf die Erinnerung zurückzuführen an all das, was ich seit 1898 durchlebte. Es wird allezeit zu meinen höchsten Erinnerungen zählen, daß ich während des Verfassungsjubiläums präsierte und mich allzeit mit Liebe erfüllen, daß ich der konstituierenden Landesversammlung vorstand. Ich danke für das mir in so reichem Maße entgegengebrachte Vertrauen. (Beifall.)

Vizepräsident Jürg dankt ebenfalls für die anerkennenden Worte. In längerer, an anderer Stelle veröffentlichter Rede gibt hierauf

Staatspräsident Trunt

eine eingehende Uebersicht des verflochtenen Landtags, die unter lebhaftem Beifall mit den Worten schloß: Es lebe Baden, es lebe das Reich!

Präsident Kopf weist an Hand dieses Uebersichts darauf hin, wie die demokratisch-parlamentarische Regierung ihre Pflicht erfüllt. Ich spreche der Regierung unsern Dank aus. Sie hat auch fernerhin unser Vertrauen. Der neue Landtag wird zwar die Regierung neu wählen, doch wird er seine Augen auf die bewährten Männer richten. (Wabul) Der Landtag ist geschlossen.

Schluß der Sitzung 2 Uhr.

Badische Politik

Die Tätigkeit des außerordentlichen Landtags

Nach kurzen Ferien war der Landtag bereits am 15. September wieder zusammengekommen, um vor seiner gesten stattgefundenen Schließung noch eine Reihe wichtiger Fragen und Gesetze mit der neuen badischen Gemeindeordnung an der Spitze zu erledigen. Neben diesem gemeindepolitischen Fundamentalgesez wurden u. a. noch folgende Regierungsvorlagen erledigt: der Gesetzentwurf über die Fortbauer der Nationalversammlung, der Gesetzentwurf über die Entlastung der Gerichte durch Erweiterung der Zuständigkeit der Gemeindegerichte bis 300 M.; der bedeutende Gesetzentwurf über die Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues und deren Dedungsverfahren; das Landesgesez zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung; der Gesetzentwurf über die Besoldung der Körperbeschäftigten; der Staatsvertrag über den Uebergang der Wassertrassen an das Reich, die Verstärkung des Kriegsschiffes; der 5. Nachtragsetat, die Frage der zwangsweisen Zurufsetzung der über 65 Jahre alten Beamten.

Neben dem Bericht über die Verhandlungen zur Ortsklasseneinteilung, bei dem die Persönlichkeit des deutschnationalen Abgeordneten Mager in ihrer ganzen Größe sich entrollte, kam der Antrag des sozialdemokratischen Abgeordneten Gortz, daß durch die Vereinfachung der Bahnen die invalid gewordenen Eisenbahnarbeiter und Hinterbliebenen nicht schlechter gestellt werden als die württembergischen und wie bisher Beihilfen und Unterstützungen erhalten, zur Erledigung. Mit seinem auf die Enternagitation eingestellten Antrag auf besondere gesetzliche festzulegende Steuerbefreiung bei Uebergabe alterlicher Betriebe an die Kinder holte sich der Zentrumsabgeordnete Dr. Jehnter eine gehörige Niederlage, indem er selbst dafür eintrat, mußte, daß sein Antrag als erledigt bezeichnet wird, nachdem der ihm politisch sehr nahelebende Finanzminister Köhler den Antrag teils als überflüssig, da ohnehin loyal verfahren wird, teils infolge unserer Finanzmiserie als unmöglich bezeichnete. Eine gehörige Wut holten sich die Deutschnationalen mit ihrer Interpellation über das Verbot der „Süddeutschen Zeitung“, indem sich hierbei Gelegenheit bot, all das Geheimbundwesen aufzudecken, mit dem die Reaktion den ruhigen Aufstieg unseres Staatslebens bedrohlich umdroht.

Würdig der Gesamttätigkeit des badischen Landtags hat die Arbeit der Volksvertretung bis zu ihrem Schluß emig am Neuaufbau des Staatslebens mitgearbeitet, um allen Angriffen zum Trotz in Ruhe und Ordnung das badische Volk nach dem fürchterlichen Zusammenbruch wieder aufwärts zu führen. Mögen auch gerade die Schuldigen an unserem Unglück noch so sehr hehen — wer auch nur einigermaßen Einsicht und Verständnis für die politischen Verhältnisse hat, muß die Leistung der badischen Republik um den Wiederaufbau anerkennen und unterstützen.

Gerichtszeitung Schwurgericht Karlsruhe

Die Schwurgerichtsperiode für das vierte Vierteljahr 1921 nimmt am Montag, den 10. Oktober unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Wolf und Landgerichtsdirektor Dr. Lutz ihren Anfang. Am 10. Okt. vorm. 8 Uhr wird gegen den Mecklener Wilhelm Ludwig Kretzer aus Pforzheim wegen Raub...

Landtagswahlen

Die Hoffnungen und Wünsche der Deutschnationalen

Das Orgeblatt, die „Süddeutsche Zeitung“, schreibt in einer Betrachtung über die Landtagswahlen: „Prophetien ist eine schwierige Sache, und so hat es keinen Zweck, sich über das Wahlergebnis vom 30. Oktober den Kopf zu zerbrechen. Eines aber ist sicher. Die Rechte wird wesentlich verstärkt in den neuen Landtag einzutreten, vielleicht so verstärkt, daß sie bei der Bildung der Regierung nicht mehr übergangen werden kann.“

Die Deutschnationalen spezifizieren also auf den Posten des Ministers des Innern, um den Verwaltungsapparat und die Polizei in die Hand zu bekommen. Unter dem Schutz und mit Hilfe eines reaktionären Innenministers würde dann, so hoffen sie, der Weizen der Reaktion wachsen, blühen und reifen. Wenn es auch nur Hoffnungen und Wünsche sind, die die Deutschnationalen hegen, so zeigen sie doch, auf welches Ziel die Herrschaften lossteuern.

Kriegervereinshege gegen die Republik

Die badische Kriegervereinszeitung sagte kürzlich in einem Aufruf: „Lacht Euch erzählen von Kaiser Wilhelm dem Großen, dem Liebling von Volk und Meer; von seinem großen Kanzler Bismarck, dem gewaltigsten Staatsmann aller Zeiten; von dem auch von seinem Volk übertraffenen Strategen Moltke und anderen mehr. Schöpft Kraft und Gottertrauen aus der Vergangenheit, dann wird Euch in Zukunft das Leben wieder des Lebens wert sein, was unter den heutigen, durch den 9. November 1918 gezeigten Verhältnissen, wahrlich nicht der Fall ist.“

Eine Mahnung aus Norddeutschland an die badischen Landtagswähler

Der Freiburger „Volkswacht“ wird aus Halle a. S. geschrieben: „Mit dem Siege des Parlamentarismus ist auch die Bedeutung der bundesstaatlichen Parlamente außerordentlich gesteigert worden. Wer heute noch glaubt, daß das Ergebnis ihrer Neuwahlen nur mehr oder minder lokale Wirkungen zeitigen wird, ist direkt politisch unzureichend.“

Der Wahnsinn, „reaktionären“ Süddeutschland muß gründlich gerichtet werden. Die demokratische Grundstimmung der badischen Bevölkerung, ihre Chauvinisten und agrarfeindliche Einstellung muß deutlich und markig illustriert werden. Baden kann viel zur Reinigung der giftigschwärmgersten politischen Atmosphäre beitragen.

Die norddeutschen Reaktionen berufen sich bei ihren Stahlschwertverhöhnungen und Nusterungen. — Ah! — Geben-tagen allzu gerne auf das — ach! — so idyllische Süddeutschland, wo dergleichen himmlische Ergüsse freie Bahn finden. Es wäre den norddeutschen Genossen freudiges Erleben und ständiger Glanz, wenn die badischen Landtagswahlen ein energisches Bekenntnis zur Republik und zur konsequenten, allen partikularen Interessen abholden Demokratie zeitigen würden.

Mögen bürgerliche Blätter der Rechtsparteien über Verhandlungskonferenzen zwischen Bismarck und Siegerwald ganze Romane schreiben, der Widerstreit zwischen Liberalisten und Nationalisten im Zentrumslager und damit die Reibung zwischen zielbewusster Reichspolitik und eigenmächtiger, auf Ausnahmeregeln aufgebauten Eigenbrödel gewisser Bundesstaaten dauere nach wie vor mit unvermindelter Schärfe an. Sachsen will Herrn Siegerwald nicht als gegnerisches Musterbeispiel erscheinen. Thüringen, das eine Einkämmerei in seinem Landtag einziehen sieht, ist noch allzu sehr in der Gärung und im Entwicklungsstadium, kann aber zweifellos aufbauend und zielstrebig wirken.

Gebt Baden das Beispiel einer echt republikanischen, unentwegt republikanischen Politik. Nicht Auseinanderreiben, sondern organische Einfließen in das Räderwerk heißt die Lösung. Darum wird die badische Landtagswahl ein Signal zur engeren Gemeinschaft aller Republikaner sein. Und das ist ein weiterer Schritt auf dem Wege zum inneren Wiederaufbau. Hand- und Kopfarbeiter! Tut bei der badischen Landtagswahl eure Pflicht!

Aus der Stadt

Karlsruhe, 8. Oktober.

Geschichtskalender

8. Oktober: 1865 * Der 1. Organist Jean Bolzberg in Brüssel. — 1911 Revolution in China. — 1919 Attentat auf den unabh. jö. Abg. Hugo Gaag in Berlin. 9. Oktober: 1805 * Der komm. Agitator Wilhelm Weiling in Magdeburg. — 1899 Sozialdemokratischer Parteitag zu Hannover. — 1919 Parteitag der ital. Sozialdemokratie in Bologna.

Karlsruher Parteinachrichten

Sozialdem. Verein. Sämtliche Obleute der Stadt- und Vorortbezirke werden auf Montag abend 8 Uhr in die „Gold. Krone“ zu einer kurzen Besprechung eingeladen. Jeder Bezirk muß unbedingt vertreten sein. Bei Verhinderung des Obmannes soll sein Stellvertreter erscheinen.

Verein Arbeiter-Jugend. Morgen, Sonntag, findet ein Ausflug nach Bruchsal statt. Abfahrt vom Hauptbahnhof 4.45 Uhr morgens. In Bruchsal findet ein Zusammenreffen mit den Jugendgenossen von Mannheim, Heidelberg und anderen Orten statt, hierauf gemeinsame Besichtigung des Schlosses. Am Nachmittag gemütliches Zusammensein. Die Jugendgenossinnen und Jugendgenossen werden um zahlreiche Teilnahme an dieser Veranstaltung erlucht.

35. März für einen Zentner Kartoffeln. Aber freue dich nicht, lieber Leser, daß dies bei uns in Baden oder gar in Karlsruhe der Fall wäre. Diese Meldung kommt aus Braunschweig! Wie das dortige Presseamt meldet, sind die Kreisdirektionen des Landes Braunschweig und der Stadt Braunschweig vom Ministerium erucht worden, alle Kartoffelerzeuger, die einen Kartoffelhektar bebauen, der 35 M. wessentlich übersteigt, wegen Mähers und alle Händler, die ihn durch Heberbieten in die Höhe treiben, wegen Preistreibern zur Anzeige zu bringen.

Auch gegen Aufkäufer aus nicht braunschweigischem Gebiet will man vorgehen. In allen Fällen, in denen Preistreiber festgestellt ist, will man die Handelsverhältnisse entziehen. — Wie wäre es, wenn man in Baden ähnliche Bestimmungen trotz des freien Handels treffen würde? In Baden, vor allem in Karlsruhe, fordert man immer noch 70, 75 M. und noch mehr für den Zentner. Wie kann denn eine Familie, insbesondere eine kinderreiche, ihre Winterkartoffeln bei einem solch unerschämten teuren Preis einlegen? Die Einführung der freien Wirtschaft hat wirklich großen Segen gebracht — aber nur nicht für die große Masse der Konsumenten.

Aus Avignon zurück

Letzter Tage besuchte uns ein jüdischer französischer Kriegsgefangener Entlassener. Nach seinem Bericht befinden sich jetzt in Avignon noch 63 Deutsche, darunter die beiden Karlsruher Stähle und Kroh. Wie der Entlassene berichtet, sind die Verhältnisse für die Gefangenen zur Zeit befriedigend, nachdem durch materielle Hilfe aus Deutschland eingegriffen wurde. Bis voriges Jahr erging es den Gefangenen sehr schlecht und sie wären zugrunde gegangen, wenn sich Deutschland nicht um sie angenommen hätte. Auf der Reise durch Frankreich hörte der Entlassene oft Worte der Bewunderung, daß er deutscher Kriegsgefangener sei. Daß heute noch Gefangene in Frankreich zurückgehalten werden, ist allgemein dort wenig bekannt und erst in letzter Zeit berichten französische Zeitungen darüber. Wie aus Artikeln mitgebrachter Zeitungen — „Paris“ und „Radical“ — ersichtlich ist, sehen sich jetzt Männer in Frankreich für eine endliche Freilassung der deutschen Gefangenen ein. Edmund Capéau vom „Radical“ hat in Avignon die Gefangenen besucht und den Lagerkommandanten gesprochen. Er tritt mit warmen Worten für die endliche Freilassung der unangenehm zurückgehaltenen Gefangenen ein, um sie ihren Familien und ihrem Vaterlande zurückzugeben. Hoffen wir, daß diese Bestrebungen bald Erfolg haben.

Ueber die Wunder der Sternennacht sprach am Mittwoch abend im gut besetzten Eintrachtskaffe Herr Schriftsteller Hermann Bagusch aus Heidelberg. Der Redner verstand es, seinen Stoff trocken und vollständig zu behandeln und zeigte, wie die astronomische Wissenschaft seit Kepler's, dem Begründer der modernen Astronomie, mit Hilfe der immer vollkommener werdenden optischen Instrumente und technischen Präzisionsapparate weiter und weiter in die Geheimnisse des Weltalls eindringt und das erhabene geistliche Wirken der Natur beobachtet. Die Lichtbilder gaben zunächst einen kleinen Blick in die Königstuhl-Sternenwelt, die sich durch ihre erfolgreichen Fortschritten eines guten Rufes erfreut. Es folgten Mondlandschaften mit ihrer den Kraterhöfen Oberfläche (der Mond soll Gebirgszüge bis 12 000 Meter Höhe besitzen). Von der Sonne wurden die Sonnenflecken-Wanderungen gezeigt, deren Größe und periodischen Erscheinungszeiten bekanntlich einen großen Einfluß auf unsere Erdwitterung haben. Sonnen- und Mondfinsternisse wurden in ihren verschiedenen Phasen dargestellt. Schön war die eingehende Betrachtung unseres Sonnensystems, die Möglichkeit und Unmöglichkeit der Vegetation und des menschlichen Lebens auf den einzelnen Planeten. Die

log. Marskanäle seien nach der neueren Annahme wohl als Flußläufe, die besonders nach der Schneeschmelze an den Polen intensiv auftreten, zu betrachten. Es wurden noch wunderbare Bilder der „kanntensten“ Komets-Erscheinungen wiedergegeben, deren Kreislauf für uns niemals gefährlich werden könnte, das Sonnenmeer der Milchstraße, die Nebelringe und Spiralnebel. Durch den Entwicklungsprozeß der letzteren wird uns das Werden neuer Welten fahbar gemacht. Indem der Redner die Entfernung der Sterne der Milchstraße auf Millionen und Abermillionen von Lichtjahren berechnet und die Gewaltigkeit eines Lichtjahres dadurch klar macht, daß die Sonnenstrahlen zur Erde 8 Minuten brauchen, also ein einziges Lichtjahr soviel mal die Entfernung von der Erde zur Sonne darstellt, als 8 Minuten in einem Jahre enthalten sind, sucht er der menschlichen Vorstellung die Unendlichkeit des Universums nahe zu bringen. — Der sehr gehaltvolle Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

—Aufhebung der Zwangswirtschaft für gewerblich genutzte Räume? Von der Mieter- und Untermietervereinigung wird uns geschrieben: Nach den Beschlüssen der Mehrheit der Sozialisierungskommission sollen die zu gewerblichen Betrieben benötigten Räume sowie Läden der Zwangsbewirtschaftung im Mietwesen entzogen und vollständig freigegeben werden. Was das bedeutet, kann sich jeder Mieter von gewerblich benutzten Räumen vorstellen, wenn er die Bestrebungen des Grund- und Hausbesitzes einigermaßen verfolgt. Das Bestreben desselben geht dahin, die Zwangswirtschaft überhaupt aufzuheben, um frei und willkürlich schalten und walten zu können. Die Schikanen, welchen die Mieter heute schon oft ausgesetzt sind, sind vielfach geradezu ungläublich. Die Durchführung der Beschlüsse der Sozialisierungskommission legen die erste Preisse in die Wohnungszwangswirtschaft und würde eine Erhöhung der Mieten für gewerbliche Räume um das 10-, 15- und 20fache bringen. Wer die Leidtragenden dabei sind, ist klar, zunächst die Konsumenten. Zugleich würde aber versucht und auch fertig gebracht werden, bei der heutigen Praxis der Wohnungs- und Einigungsämter, daß immer mehr Wohnräume in gewerbliche Räume umgewandelt würden und dadurch die Wohnungsnot noch größer und die Mieten im allgemeinen ins Ungeheuerliche steigen werden. Also aufgepaßt, Mieter! Organisiert Euch! Nur eine geschlossene Organisation kann hier eingreifen.

Wir machen alle Mieter von Karlsruhe schon heute auf die am Sonntag, den 16. Oktober, vormittags 10 Uhr, stattfindende Versammlung im großen Festhalla aufmerksamer. — Ueber den „Reichsschulgesetzentwurf“ spricht am Montag abend 8 Uhr im Konzerthaus der Generalsekretär des Deutschen Lehrervereins, Herr J. Feros aus Berlin. Diese, das ganze deutsche Volk berührende nationale, kultur- und sozialpolitische Frage wird in ihrer außerordentlichen Bedeutung von einem ergrauten Vorkämpfer des deutschen Erziehungswesens behandelt werden. Jeder Vater, jede Mutter, denen daran gelegen ist, die Schule kennen zu lernen, in welcher ihr Kind in Zukunft fürs Leben vorbereitet werden soll, sollte sich für den Vortrag interessieren. Darum sei allen der Besuch der Versammlung nur empfohlen. Der Eintritt ist frei. — Das Gewerkschafts-Lactel fordert seine Mitglieder auf, recht zahlreich in der Versammlung zu erscheinen, da gerade die arbeitende Bevölkerung das größte Interesse an einer zeitgemäßen Schule hat.

Voettkonzert im Stadtgarten. Das feinerzeit abgegebene historische Konzert, dem Andenken Adolf Voettkes gewidmet, findet nunmehr noch im Rahmen der Herbstwoche kommenden Sonntag, den 9. Oktober, nachmittags von 4—7 Uhr im Stadtgarten statt. Es wird von der Harmoniekapelle unter der berühmten Leitung seines Dirigenten, Herrn Hugo Hubold, ausgeführt, der lange Jahre als ausübender Musiker sowohl, wie als stellvertretender Kapellmeister mit der Voettkischen Kunst ein wurde und somit beste Gewähr für einen meisterhaften Vortrag der Musikstücke bietet. Sollte wider Erwarten das Wetter für die Aufführung im Freien unangünstig sein, wird das Konzert in der Festhalle stattfinden.

Arbeiterbildungsverein. Heute (Samstag) abend 8 Uhr veranstaltet der Verein im Saale der 3 Linden in Mühlburg die Feier seines 50. Stiftungsfestes. Mitwirkende sind: Fräulein Josef Landwehr, Erich Hoffketter (Gesang), der Männerchor und gemischte Chor, die Turn- und Damenturnabteilung des Vereins. Nach der Feier findet ein Ball (Ende 2 Uhr) statt. Karten für Mitglieder und Freunde des Vereins sind beim Hausmeister Wilhelmstraße 14 und an der Abendkasse zu erhalten.

Das Original-Oberbayerische Bauerntheater „Hallenberg-Theater“, das im Apollo-Theater in der Marienstraße gastiert, hat auf vielfachen Wunsch hin seine Spielzeit hier verlängert. Diese Nachricht wird freudige Aufnahme finden, denn die Leistungen der Spieler fanden allseitige Anerkennung, ebenso auch die vorzüglichen Bühnenvorträge der eigenen Kapelle. Zur Aufführung gelangen bekanntlich die besten Werke der bekanntesten oberbayerischen Volksdichter. Da die Darstellung eine einwandfreie, vorzügliche ist, so kann der Besuch bestens empfohlen werden. Jeden Abend 8 Uhr ist Vorstellung.

Einen Herbstausflug veranstaltet morgen Sonntag der Naturheilverein. Zusammenkunft morgens 8 Uhr Ecke Poststraße und Kaiserallee.

Die Herbstfeier des Gesang-Vereins „Ira-Grünwinkl“ findet am morgigen Sonntag im „Rüchli-Krug“ statt. Näheres ist aus dem heutigen Inserat ersichtlich.

Die Musikstunde

Die unserer heutigen Ausgabe beiliegende Nummer der 40. Woche der Musikstunde hat folgenden Inhalt: Spätkommerstag; von Eugen Lehmann. — Das letzte Mittel; von Alfons Behold. — Humperdinck; von Frieda Rudolph-Stauck. — Für unsere Frauen; Erle graue Haare; von César Pfeiffen. — Das „geheilte“ Dienstmädchen. — Aus Welt und Wissen. — Rätselcke. — Wit und Humor.

Briefkasten der Redaktion.

A. M., Karlsruhe. 1. Die Abfindungssumme beträgt bei einer Wiederberufung 3000 M. 2. Es ist keine geschliche Vorschrift, daß die Eheaufgebote und Eheschließungen in den Zeitungen veröffentlicht werden müssen. Wenn Sie dies nicht wollen, müssen Sie dies auf dem Standesamt erklären und es wird dann von einer Veröffentlichung abgesehen. Frieda M., Malsch, A. Ettlingen. Ratsellösungen richtig. Um in der „Musikstunde“ veröffentlicht zu werden, müssen aber die Lösungen spätestens Freitag früh in unsern Brief sein.

Vereinsanzeiger

Karlsruhe. (Sängerbund Vorwärts.) Nächste Singprobe Montag 18 „Grüner Berg“. Karlsruhe-Mühlburg. (Gem. Chor Bruderbund.) Morgen, Sonntag, 9. Okt., nachm. 2 Uhr, treffen sich unsere Mitglieder beim „Anker“ in Mühlburg (Alte Mühle). Abmarsch punkt 1/2 11 Uhr durch den Rheinwald nach Maxau. Auf dem Rückweg Treffpunkt in Anielingen „Zur Linde“. — Montag abend 8 Uhr Singstunde, Vollzähliges Erscheinen erwartet. Der Vorstand

Weiherheim. Gestorben ist die Fabrikarbeiterin, die am Mittwochabend aus verheerender Liebe in ihrer Wohnung in selbstmörderischer Absicht eine giftige Flüssigkeit zu sich nahm...

Unfälle. Beim Ueberfahren der Kaiserstraße Ed. Baldornstraße wurde am Donnerstag nachmittag ein 13 Jahre alter Volksschüler von hier von einem elektrischen Straßenbahnwagen angefahren und zu Boden geworfen...

Müppurr. Am Donnerstag nachmittag brachte ein 7 Jahre alter Knabe seine linke Hand aus Unachtsamkeit in eine Maschine, wobei ihm die Hand oberhalb des Gelenkes vollständig abgequetscht wurde...

Diebstähle. Gestern wurden in hiesiger Stadt von unbekanntem Täter 2 Fahrräder entwendet. Einem Handlungsreisenden, der von 3 jungen Burschen zum Uebernachten mitgenommen war, wurden während des Schlafens 4000 M. bestehend aus 50 Markscheinen, aus seiner Brieftasche entwendet.

Valuta-Bericht vom 7. Oktober

Markkurs in der Schweiz 4.62%. Auszahlung Holland notierte 39.20 M per fl. Auszahlung Schweiz notierte 21.64 M per sch. Fr. Auszahlung England notierte 457 M per 100 Sterl. Auszahlung Frankreich notierte 8.80 M per frz. Fr. Auszahlung Neuyork notierte 121 M per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 7. Oktober 1921

Vorausichtliche Witterung bis Sonntag nacht: Bismlich heiter, nur vorübergehend geringe Bewölkung, trocken, ziemlich mild.

Wasserstand des Rheins

Schifferinsel 64 Zm., gest. 10, Neßl 156, gef. 2, Maxau 306, gef. 4, Mannheim 182, gef. 4.

Kleine badische Chronik

n. Jöblingen, 7. Okt. Nach langem und schwerem Leiden ist unser treuer Kamerad, Kriegsbeschädigter Karl Siller am 3. ds. Mts. im Versorgungs-Krankenhaus sanft entschlafen. Auch er ist ein Opfer des „großen“ Weltkrieges...

Untersteinbach (Amt Pforzheim), 8. Okt. Der 46 Jahre alte verheiratete Eisenarbeiter Friedrich Schwarz verfiel abends gegen 10 Uhr den Weg und stürzte mit dem Hode einen Abhang hinunter. Er blieb mit dem Kopfe an ein Felsstück, erlitt eine Gehirnerschütterung und blieb bewusstlos liegen...

Pforzheim, 7. Okt. Bei einem Einbruch in eine Heilige Fabrik wurde ein größeres Quantum Silberner Bestandteile, Kupfer, Draht usw. sowie eine kleinere Menge Goldschmieden entwendet.

* Füllendor, 7. Okt. Am Dienstag nachmittag kam es zwischen dem Zieglermeister und Händler Schmid aus Straßburg und dem Händler Ducheim aus Schönau am Genfer See in einer hiesigen Wirtschaft zu Streitigkeiten, die jedoch beigelegt wurden...

* Konstant, 8. Okt. Der Wörder Schmidt, der bei Füllendorf den Zieglermeister Ducheim erschossen hat, wurde bei Neufra a. D. verhaftet.

Rekte Nachrichten

Das Abkommen von Wiesbaden

Wiesbaden, 7. Okt. Die heute von dem Minister Dr. Rathenau und Louchere unterzeichneten Nebenabkommen haben folgenden wesentlichen Inhalt: Drei Abkommen beziehen sich auf die Ablösung der Frankreich gegenüber geschuldeten Restitutionsen...

reich gegenüber seine Verpflichtungen aus Art. 238 des Friedensvertrags erfüllt hat.

Das vierte Abkommen bezieht sich auf die Kohlenlieferungen und bezieht sich auf die Kohlenlieferungen aus Belgien, Italien und Luxemburg...

Frankreich erhält Warenlieferungen in Höhe von 7 Milliarden Goldmark

Paris, 8. Okt. Der Temps ist in der Lage mitzuteilen, daß die Delegierten der verschiedenen Mächte in der Reparationskommission damit einverstanden sind...

Rathenau von dem Wiesbadener Abkommen befriedigt. U. Paris, 8. Okt. Minister Rathenau erklärte gegenüber einem Vertreter des „Intransigent“, daß er von dem Abkommen befriedigt sei und übergab ihm folgende schriftliche Erklärung...

Berlin, 8. Okt. Gestern nachmittag erklärte Minister Dr. Rathenau Vertretern der Presse zu dem mit Louchere abgeschlossenen Nebenabkommen u. a.: Seit Jahren fand zum erstenmal ein freies und nicht diktirtes Abkommen statt...

Das Wiesbadener Abkommen im Lichte der französischen Presse

U. Paris, 7. Okt. Die Morgenblätter besprechen die Unterzeichnung des Abkommens in Wiesbaden durchaus günstig. Allgemein wird darauf hingewiesen, daß Rathenau im Augenblick der Unterzeichnung ausdrücklich erklärt habe...

Der „Matin“ sagt, das Wiesbadener Abkommen sei weit davon entfernt, der französischen Industrie zu schaden, sondern vielmehr im Gegenteil wirksamen Kampf gegen die Wohnungsnot und gegen die industrielle Krise.

Im „Cevre“ findet sich folgender bemerkenswerter Kommentar: Dem Grundgedanke nach scheint uns das Wiesbadener Abkommen tatsächlich eine Wohltat zu sein...

Im „Petit Parisien“ heißt es: Der Abschluß dieses Abkommens ist trotz der gegenwärtigen und künftigen Schwierigkeiten von ziemlicher Bedeutung. Das Wiesbadener Abkommen bedeutet das Ergebnis der Arbeit, die seit der Brüsseler Konferenz vom letzten Dezember unaufhörlich darauf hingearbeitet hat...

Der Reparationsplan der Industrie

Berlin, 8. Okt. Ueber die angeführten in innerdeutschen Verhandlungen wegen der Industrie-Valuta-Anleihe und über die Ankündigung vom Auslande her wird nunmehr konkreteres ausgesprochen. Es ist richtig, daß seit einiger Zeit im Reichsfinanzministerium dauernd Konferenzen über diese Frage unter Beteiligung von Vertretern der beteiligten Kreise und Behörden stattfinden...

Die vom Reichsverband der deutschen Industrie, von den Banken, vom Handel und von der Landwirtschaft gebildeten Sonderkommissionen werden, wie verlautet, Anfang oder nächster Woche mit dem Reichsminister — nach dessen Rückkehr aus dem Urlaub — zu einer erneuten Konferenz zusammengetreten, um dann aus den vier Ausschüssen ein gemeinsames kleines Komitee zu wählen, das die Beratungen fortführen soll...

Nach Mitteilung einer Zeitungskorrespondenz hat der Reichswirtschaftsrat der Reichsregierung das Statut überreicht, das er für die Kreditation zur Devisenbeschaffung ausgearbeitet hat.

Die Geldverschwendung mit den Befähigungskosten

Paris, 8. Okt. Zu dem Beschluß der Reparationskommission über den Betrag der Befähigungskosten für die Zeit bis zum 1. Mai 1921 auf 3,6 Milliarden Goldmark festsetzt, sagt der sozialistische „Populaire“:

Nach dem Eingeständnis der Reparationskommission sind die von Deutschland bisher geleisteten Zahlungen lediglich auf die militärische Befähigung daraufgegangen, statt dem Wiederaufbau zu dienen. Man wird sich doch endlich einmal darüber klar werden müssen, ob die deutschen Zahlungen in erster Linie für den Unterhalt von Soldaten oder für den Bau mehrerer Häuser bestimmt sind...

Es ist erfreulich, daß endlich auch in Frankreich sich Stimmen des Protestes gegen die elende Luder- und Lotteriewirtschaft erheben, die von den französischen Machthabern beliebt wird. Tausende von Offizieren führen in Deutschland auf unsere Kosten ein luxuriöses Leben...

Vor der Entscheidung über Oberösterreich

Wien, 7. Okt. Wie man von gut unterrichteter Seite berichtet, ist eine Mitteilung über das Gutachten des Völkerbundsrates in der oberösterreichischen Frage erst am Mittwoch oder Donnerstag zu erwarten.

W. Kattowitz, 7. Okt. Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund wendet sich an den Generalsekretär des Völkerbundes mit der Bitte, vor der Entscheidung über die Grenzen des Landes durch berufene Sachverständige die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu untersuchen.

W. Berlin, 7. Okt. Die ausständigen Kellner und Köche verließen heute abend in Berliner Zeitungredaktionen einzufragen. Das Zeitungspersonal wurde durch die Ausständigen, verhöht und die Angestellten in den Druckereien angehalten, aus Sympathie mit den Kellnern die Arbeit einzustellen.

W. Königsbrunn, 7. Okt. Die Deutsch-polnische Partei und die Gewerkschaften von Königsbrunn haben folgendes Telegramm an den Völkerbund gerichtet: Die Bevölkerung von Königsbrunn wendet sich in 5000 Stimmen an den Völkerbundsrat mit der Bitte, die über 3000 Einwohner gültigste große Stadt Oberösterreichs bei Deutschland zu lassen...

Die Vorgänge in Oesterreich

Monarchistische Umtriebe in Wien und die Gegenaktion der Arbeiter

Wien, 7. Okt. Am 5. Okt. haben in Wien Verbandsversammlungen der verschiedenen monarchistischen Organisationsparteien stattgefunden, bei denen die heutige Situation eingehend erörtert wurde, ohne daß jedoch die Frage eines unmittelbaren bevorstehenden Eingreifens besprochen wurde...

W. Wien, 7. Okt. Bei den letzten Beratungen der Wiener Arbeitervereine sind die Möglichkeiten eines monarchistischen Umsturzes und die notwendige Abwehr seitens der Arbeiterklasse ausführlich besprochen worden.

W. Wien, 7. Okt. Bei den letzten Beratungen der Wiener Arbeitervereine sind die Möglichkeiten eines monarchistischen Umsturzes und die notwendige Abwehr seitens der Arbeiterklasse ausführlich besprochen worden. Es ist zu äußern, daß der Arbeiterpartei- und der Arbeitervereineverein sich zur Verfügung der Republik und der Arbeitervereineverein sich zur Verfügung der Republik...

Der Streik in Berlin

Berlin, 7. Okt. (Reisatmeldung.) Der Streik in Berliner Gastwirtschaftsgewerbe ist im Abflauen begriffen. In einzelnen Betrieben hatten sich gestern wieder Arbeiter gemeldet, daß die Betriebe eröffnet werden könnten...

Berlin, 8. Okt. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, droht in der Berliner Metallindustrie ein Streik der Angehörigen. Den Arbeitgebern soll ein bis zum Dienstag befristetes Ultimatum gestellt werden...

Sozialistische Regierung in Thüringen

Berlin, 7. Okt. (Privattelegramm.) Wie der „Vorwärts“ meldet, wurde heute vormittag in thüringischen Landtag unter starkem Protest der bürgerlichen Parteien eine rein sozialistische Regierung gebildet. Justizminister und Ministerpräsident wurde Freiherr von Brandenstein (S. D.), Wirtschaftsminister Fröhlich (U. S.), Finanzminister Sartmann (U. S.), Eisenbahnminister Herrmann (U. S.), Kultusminister soll Graf Oera werden.

Kragen-wäscherei Schorpp liefert: **Herren- Leibwäsche** **Annahme-Stellen:** Karlsruhe: Bernhardtstraße 8, Kaiserstraße 34 u. 243, Gerwigstraße 46, Amalienstraße 15. Waldstraße 64, Wilhelmstraße 32, Augustastraße 13, Schillerstraße 18, Kaiserallee 37. Gabelsbergerstraße 4, Rheinstraße 18, Durlach: Hauptstraße 15.

Quieta Ein Frühstück mit **Quieta** ist köstlich! **Quieta erhält man in allen einschlägigen Geschäften.**

Karlsruher Hundebörse wird jeden Sonntag von 10-1 Uhr zur **„Harmonie“**, Kaiserstraße 57 abgehalten. Beste Gelegenheit zum An- und Verkauf von Hunden aller Rassen. 2. Gang. Gleichzeitig empfiehlt keine Lokalitäten, großes und kleines Nebenzimmer für Vereine und Gesellschaften, reelle Küche, ff. Cuvée-Bier, gut bürgerliche Küche. **Edto Schaub, Metzger und Wirt.**

Rebstock Ecke Kaiserallee und Mhlaustr. Haltestelle Poststraße. Tel. 4308. Tel. 4308. Gute Küche. - Täglich frische Hauswirtschaft. 6457. Sonntags Spezialität: Sockwürste. Prima Weine. - Schreyer-Prüfung-Bier. Eigene Schlichtung. - Konzert. **Carl Schmid, Metzger und Wirt.**

Zur goldenen Gerste! Sonntag, 9. Oktober **Frühschoppenkonzert** unter Mitwirkung des Wanderklubs „Freundschaft“. Empfehle vorzügliche Küche, reine Weine, Zwiebelkuchen, sowie neuen Wein ab Mk. 3.50. 6485 **K. Guggolz.**

Zum General v. Degenfeld Degenfeldstraße 8 Telefon 2369 **Gemütliches Gasthaus** Gute Küche in und außer Abonnement. Reine Weine. ff. Moninger, hell und dunkel. Sonntag früh: **Neuer und Zwiebelkuchen.** Um geneigten Zuspruch bittet **Ludwig Welz und Frau.**

Pfannkuch & Co. **Erfol** 16.- Tafel **Wizona** 16.- Tafel Nordamerica. **Schweine-Schmalz** garantiert rein **Pfannkuch & Co.**

Im Möbel-Ausverkauf wegen Geschäftsveränderung werden 1- und 2-tür. Schränke, Sofas, Chaiselongues, Büchertische, Schlafzimmern, Küchen, Waschkommoden mit Marmor, Schlafzimmer, Büffett und Korb, gleiche polierte Betten, französischer Salon, Vertikals etc. sehr billig verkauft. **Kaiserstraße 69** Eingang Waldhornstraße Baden Krämer **Gelernte Silber-Poliererinnen** gegen hohen Lohn **sofort gesucht.** Näheres unter Nr. 6411 durch das Volksfreundbüro

Bezirkslehrerverein Karlsruhe-Stadt Montag, 10. Oktober, abends 8 Uhr im Konzerthaus

Öffentliche Versammlung mit Vortrag des Generalsekretärs des Deutschen Lehrervereins Herrn **J. Tews**, Berlin:

Der Reichsschulgesetzentwurf (Gegen die Zertrümmerung der deutschen Volksschule). **Eintritt frei! Freie Aussprache!** Eltern erscheint alle! 6488

Volksbuchhandlung der Soz. Partei Adlerstr. 16 KARLSRUHE Teleph. 3701 empfiehlt **sämtliche Literatur** insbesondere Partei-, Gewerkschafts- und Fach-Literatur **Lieferung ganzer Bibliotheken** **Schreib-Waren aller Art** Wiederverkäufer und Vereine erhalten Rabatt.

Vervielfältigungen und alle Schreibmaschinenarbeiten für Vereine, Sportvereine, Geschäftsweit und Private, Abfassung von Gesuchen etc., fertigt schnell und sauber **Schreibbüro Dilzer** Karl Friedrichstr. 6, Ecke Zirkel Telefon 5614. 6485

Das ganze Jahr hindurch Wiederherstellung aller beschädigten **Puppen** **Karlsruher Puppenklinik** **H. Bieler** Kaiserstr. 223 zwischen Douglas- und Hirschstraße.

Erich Bühler Bankgeschäft **Kreuzstraße 4, am Marktplatz** empfiehlt sich zur Ausführung von **Bank-Geschäften jeder Art** zu den Sätzen. Konto-Korrent- und Scheckverkehr. An- und Verkauf in- und ausländischer Wertpapiere, Coupons und Noten. Kurzfristige Darlehen gegen Sicherheit. An- und Verkauf von in- und ausländischen Wertpapieren, Geldsorten und Coupons. **Devisen-Verkehr.** Fachmännische Auskunft u. Beratung in allen Geldangelegenheiten. 6476

3 Eisenbahn-Wagonladungen Schlaf-Decken eingetroffen. Gewicht der Decke über 2 Pfund, Größe ca. 140/190 cm **Preis per Decke 32.- Mark** Versand erfolgt von 2 Stück an per Nachnahme. Abgabe nicht über 10 Stück an einen Kunden. Wenn nicht entsprechend, Geld retour. **Verjandgeschäft Sof. Witt, Weiden 14, Oberpfalz** welches u. größtes Verjandgeschäft der Art am Platz

Gardinen aller Art, kein Rabengeschäft privat, deshalb kann ich zu außerst billigen Preisen abgeben. 6812 **Frau M. Becker, Adlerstraße 1.**

Gänselebern werden fortwährend zu den allerhöchsten Tagespreisen angekauft. 6405 **G. Mees, geb. Stürmer.** Erbprinzenstr. 21, 2. St.

Gänselebern werden fortwährend zu den allerhöchsten Tagespreisen angekauft. 6406 **K. Moser,** Kreuzstraße 20, 2. Stof.

Gänselebern kauft zu höchsten Preisen **W. Kaier** Rüttsstr. 14 6472

Kostümbüglerin und 6373 **Lehrmädchen** können sofort eintreten **Färberei** **D. Lasch**

2 tägige Maler-Gehilfen können sofort eintreten bei **Widmann** Malermeister **Mühlacker.**

Schneider auf Großküche, in oder außer dem Hause gefügt. Dauernde Arbeit garant. **F. Rieker, Baden-Baden**

Gipser pro Stunde Mark 8.50, finden sofort Arbeit bei **Gg. Mack** Gipfermeister **Heidelberg** Wilmstr. 44, Telef. 2658

Drei Gänse hat zu verkaufen. **Karl Erhardt, Ettlingen** Detenaustraße 14.

Musikschule **A. Hofmann,** Rappurrerstrasse 46. 6867 **Unterricht für Violine u. Klavier.**

Baubund-Möbel kaufen Sie preiswert und bequem gegen Barzahlung oder erleichterte Zahlungsbedingung bei der gemeinnützigen Hausratgehilfen **Badischer Baubund G.m.b.H.** Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße 22 (ehemals Raubellplatz), Fernspr. 5187. Täglich geöffnet: vorm. 8 bis nachm. 6 Uhr

Delfarben-Bodenlacke Lackfarben: Bronzen: Holzbeizen gebrauchsfertig für Anstriche aller Art **Maler-Artikel** vorteilhaft im **Farbengeschäft Waldstr. 15, b. Colosseum** Fachmännische Bedienung

Rugviehhof Karlsruhe (frühere Artillerie-Kaserne Gottesan). Jeden Mittwoch **Ferkelmarkt** Jeden 1. Mittwoch im Monat **Pferdemarkt** Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat **Rugviehmarkt** Geräumige Stallungen. Große Verkaufs- und Reitbahn. Ausgedehnte Vorführungsplätze. Besondere Verlagerampen und Bahnabfertigungsstelle. Dauervermietung ganzer Stallungen an Händler. Der nächste Jagd- und Rugviehmarkt findet am Mittwoch, 19. Oktober und der nächste Pferdemarkt am Mittwoch, den 2. November statt. 2322 **Städt. Schlacht- und Viehhof-Amt.**

Zentralverband d. Hausangestellten Karlsruhe. Jeden Tag, mit Ausnahme von Samstag und Sonntag, nachmittags 1/2 bis 1/2 Uhr Sprechstunden im Büro, Rüttsstr. 16, Hg. III. 3189 **Hausangestellte, Putz-, Wasch-, Monatsfrauen, Hausmeister, Hausdiener** benötigt die Sprechstunde.

Pelzwaren-Lager aus eigener Werksstätte in größter Auswahl **Spezialität: Skunks** Neu-Anfertigungen, Umarbeitungen, Reparaturen in feinstem Geschmack. **Jacob Neumann, Kürschner** Erbprinzenstrasse 3 Karlsruhe i. B. Telefon 5019

Reparaturen an Uhren, Gold- und Silberwaren unter Garantie bei **Carl Zepfel, Uhrmacher, Morgenstr. 12.**

Theodor Zenker Kaiserstr. 61 gegenüber der Hochschule **Hüte** Sport-Artikel **Mützen** Umformen alter Hüte **Schirme** **Stöcke** **Mützenmacherei** **Hutmacherei**

Schlafzimmer eichen, und eine Kücheneinrichtung, werden für 4525 Mark abgegeben. 6481 **Möbelhaus Kahn, Waldstraße 22.**

DRUCKSACHEN **ALLER ART** für Behörden, Handel u. Gewerbe sowie privaten Bedarf liefert in geschmackvoller u. preiswerter Ausführung in Schwarz- und Buntdruck **Buchdruckerei „Volksfreund“** Karlsruhe **Geck & Cie., Luisenstr. 24**

Nur noch einige Tage! **Großer Sonderverkauf** in **Herren- u. Damenstoffen, Kammgarn, Cheviot u. dgl.** in **Ettlingen, Ehaus Leopold- und Martthstraße, 2. Stof.** Eingang von der Leopoldstraße. **Konturrenzlos!** Kein Mann und keine Frau verlässt diese günstige Gelegenheit, denn diese wird Ihnen niemals wieder geboten. **Sehr Qualitäten und billige Preise.** Kein Ausverkauf, noch Räumungsverkauf kann mit meinem Sonderverkauf weit unter Tagespreisen mitkommen. **Kommt, schet und kauft!** **Besichtigung ohne Kaufzwang!** Um gütigen Besuch wird gebeten. **Hochachtungsvoll** **E. Tröller, aus Frankfurt a. M.** Verkaufszeit von 8-7 Uhr ohne Unterbrechung. Zum zweitenmale in Ettlingen, ein Beweis vollkommener Zufriedenheit. Prima Referenzen. 6416

Palast-Theater
Herren-Strasse.

Ab heute!

Der grosse amerikanische Sensations-Schlager

Der schwarze Zeuge

Spannendes Drama in 6 Akten.
In den Hauptrollen die beiden unübertrefflichen Künstler:

Beverly Bayne
und 6450
F. X. Bushmann.

Die Perlenkette

Amüsantes Lustspiel in 3 Akten.
Hauptdarsteller:
Max Lehmann u. Lore Hansche.

Kaiser-Lichtspiele
am Durlacher Tor.

Vom 8.-11. Okt. ein Record-Spielplan von 12 Akten
I. Schlager

Das Haus der tausend Gefahren

III. Teil
des Original-Amerik. Riesen-Films

Goliath Armstrong

(Letzte Vorstellung 9 1/2 Uhr.)

II. Schlager

Die Spinnen.

2 Abenteuer

Das Brillantenschiff

Nur der Besuch der Mittags-Vorstellungen sichert gute Plätze.

STADTGARTEN

Sonntag, den 9. Oktober, nachmittags von 4-7 Uhr,
aus Anlaß der Karlsruher Herbstwoche

Historisches Konzert.

Dem Andenken **Adolf Boettiges** gewidmet.

Orchester: Musikverein „Harmonie“
Leitung: Hugo Rudolph.

Programm-Auszug: Festfanfare für mittelalterliche Trompeten und Pauken, Ouverture zu „Iphigenia in Aulis“, „Marschlieder der Landsknechte“ aus 1490, Tonbilder aus „Siegfried“, zwei altbadische Märsche aus der Zeit der Markgrafen Ludwig Wilhelm, Tuba Mirum und Agnus Dei aus dem Requiem von Verdi, „Prinz Eugen, der edle Ritter“, „Alt Wien“, Historische Märsche vom 13. bis 18. Jahrhundert.

Eintritt: 2 Mk. (Inhaber von Jahreskarten), 3 Mk. (sonstige Personen), einschließlich Lustbarkeitssteuer. Kinder je die Hälfte. Programm 80 Pfg. — Vorverkauf: Verkehrsverein u. Schalterkassen d. Stadtgartens. — Bei schlechtem Wetter findet das Konzert in der Festhalle statt.

Bad. Landestheater.
Samstag, den 8. Oktober, 7-9 Uhr — Mk. 14.40.
Zum ersten Mal:

Die beiden Seehunde
Lustspiel in 3 Akten von Karl Rössler

Sonntag, den 9. Oktober 2321

Landestheater — **Konzerthaus**
6 1/2-10 Uhr. Mk. 25.— 7-10 1/2 Uhr. Mk. 12.20

Don Juan — **So'n Windhund**

Karlsruher Herbstwoche 1921.
Mittwoch, 12. Oktober abends 7 1/2 Uhr:

„Schlußfeier.“

Mitwirkende:
Turnabteilung d. Karlsruher Arbeiterbildungsvereins, Karlsruher Turnverein 1846, Karlsruher Männerturnverein, Herr Felix Baumbach, Oberpielführer am Badischen Landestheater, ein Schülerchor der städtischen Volksschulen (über 300 Schüler), das Orchester des Musikvereins Harmonie.

Programm-Auszug: Festfanfare von Boettige, Ouverture zu „Oberon“, Fantasia aus „Pajazzo“, „Fisch, Brunn, Brühl, Frei“, Turnermarsch von F. v. Blon, Langhölzchen der Jugendturner, Leichtathletik, Freilübungen der Damen (M.T.B.), Mädchenreigen, Kitz-Turnen am hohen Red, Tischspringen (M.T.B.), Barrenübungen (Turnabtl. des Karlsruher Turnvereins) 6480

Eintritt (einzig. Einlaßgeld und Zuschuldsteuer): 2 Mk. Saal und untere Galerie (numeriert), obere Galerie nichtnumeriert; 3 Mk. II. und 5 Mk. Balkon III., II. und I. Reihe numeriert.

Kartenverkauf ab 10. Oktober: Ausnahmestelle des Verkehrsvereins Kaiserstr. 133 (Platz auf der Spitze der Festhalle) u. Zigarrengeißlstr. 8, Mehl, Marktplatz (Platz auf der Westseite der Festhalle). Saalöffnung 7 Uhr. — Ende gegen 10 Uhr. Wir laden die berechnete Einwohnerschaft zu zahlreichem Besuche ein. Verkehrsverein E. S.

Welt-Kino, Kaiserstr. 133

Nur noch 3 Tage! Montag letzter Tag!

Das Doppelschlager-Programm!

Der grosse amerik. Wildwest-Sensations- u. Abenteuer-Film:

Mit Büchse u. Lasso.

36 Akte! 6 Abteilungen! 18 Episoden! 6475

EDDI POLO in der Hauptrolle.

I. Teil: **Heisser Boden.** 6 Akte.

2. Episode:
Nobody! Der Meister des Bluffs.

Wenn Sitzplätze frei, als Einlage:

Thal der Vergeltung. Wildwest-Schlager in 5 Akten.

Wirtschafts-Eröffnung und Empfehlung.

Freunden und Bekannten, sowie der Einwohnerschaft von Karlsruhe zur Kenntnis, dass ich das Gasthaus

Zum Kollenberger
Werderstrasse 28

hier käuflich erworben habe und am Samstag, den 8. Oktober eröffnen werde. Mein Bestreben wird es sein, nur erstklassige Speisen und Getränke zu führen und meine werten Gäste in jeder Beziehung zufrieden zu stellen. — **Eigene Schlachtung.** Samstag nachmittags 6 Uhr: **Eröffnungs-Konzert.** Sonntag, den 9. Oktober: **Frühschoppen-Konzert.**

Einem geneigten Zuspruch entgegengehend zeichnet hochachtungsvoll
Fr. Günzler und Frau.

„Die beiden weißen Rosen“
Melodram von L. Baldas 6461
gelangt u. a. diesen Sonntag nachmittags im „Walhalla“-Saal zur Uraufführung.

Apollo-Theater.
Gastspiel des Oberbayerischen Bauerntheaters.
Sonntag abends 8 Uhr 6452

5' Glück vom Niedhof.

Gesang-Verein „Byra“
Karlsruhe-Grünwinkel.

Sonntag, 9. Oktober, nachmittags 3/4 Uhr, findet im großen Saal des „Kühnen Krug“, unsere diesjährige

Herbst-Feier

verbunden mit **Konzert, Theater und Ball** statt.

Mitwirkende:
Frl. L. Grötzinger, Mitglied des bad. Landestheater (Sopran), Herr Konzertsänger u. Chorleiter A. Behle jun. (Bariton), Musikal. Leitung Herr A. Behle.

Wir laden unsere verehrl. Mitglieder nebst Familienangehörige, sowie Freunde und Gönner des Vereins hiermit freundlichst ein.
6453 Der Vorstand.

Wirtschaftseröffnung u. Empfehlung

Der verehrl. Einwohnerschaft von Karlsruhe und Umgebung, sowie meinen Freunden und Gönnern teile ich ergebenst mit, daß ich ab **Samstag, den 8. Oktober** die

Wirtschaft zum „Bad. Hof“
Ecke Baumelster- und Marienstraße

übernommen habe. — Ich werde mein Bestes bieten, um allen Ansprüchen meiner werten Gäste gerecht zu werden.
Gute bürgerl. Küche, ff. Moninger u. Münchner Biere, reine Weine, grosses Nebenzimmer für Vereine und Gesellschaften.

Zu zahlreichem Besuche ladet ergebenst ein: 6477
August Stehmer, früher Gasthaus zum Ochsen in Rotenfels (Murgtal).

Färberei und chemische Waschanstalt

Telef. **D. Lasch** 1953 1953

reinigt und färbt aller Art Stoffe u. Kleidungsstücke in sachgemässer Ausführung und zu mässigen Preisen 6462

Läden in allen Stadtteilen.

Pfänderverfeigerung.
Am Mittwoch, den 19. Oktober 1921, vorm. von 9 Uhr an, findet im Verfeigerungslokal des Reichsanwaltes, Schwabenstr. 6, 2. Stock, die öffentliche Verfeigerung der verfallenen Pfänder Nr. 3238 bis mit Nr. 6366 gegen Barzahlung statt. — Das Verfeigerungslokal wird eine halbe Stunde vor Verfeigerungsbeginn geöffnet.
Die Kaße bleibt am Verfeigerungstage geschlossen.
Karlsruhe, 28. Sept. 1921.
Städt. Pfändverf. Kass.

Fortsetzung der öffentlichen Verfeigerung gegen Barzahlung Fundstücken vom 2. Vierteljahr 1921 und unanbringliche Güter darunter 1 Fernglas, 2 Autoflügel, am Dienstag, den 11. Oktober, vormittags 8 Uhr beginnend im Verfeigerungsraum Karlsruher Hauptbahnhof (Eingang Karlsruher Hauptbahnhof). 2311
Karlsruhe, 3. Okt. 1921.
Materialamt der Eisenbahn-Generaldirektion.

Union-Theater

Unter den Wüstenräubern
5 Akte

Dritte Episode des sensationellen Raubtierdramas

Die Abenteuer der schönen Kathlyn.
Sensationsfilm aus den Dschungeln Indiens.

In der Hauptrolle d. amerikanischen Schönheit **Kathlyn Williams.**

Die goldene Kugel
Kriminaldrama in 5 Akten von **Otto Treptow.**

In den Hauptrollen: **Erich Kaiser, Tita, Gertraud Welker, Albert Patry, Otto Treptow, Toni von Seyffertitz, Paul Richter.**

17. Bad.-Badener Geld-Lotterie
Ziehung 13. Okt. 2034 Geldgew. Mk.

35 000
20 000
15 000

Lospreis Mk. 1.—, Porto u. Liste Mk. 1.20 einpflicht. Lott.-Unternehmer **J. Stürmer** Mannheim 07, 11 und alle Lotteriegeschäfte. Postfach-Restokarte 17042

Ledergamaschen
prima Qualität in allen Größen billig z. haben bei **J. Silbermann** An- und Verkauf 6469 1. Brunnenstraße 1.

Residenz-Lichtspiele
Waldstr. 30 Teleph. 5111

Nur bis einschl. Dienstag, 11. Oktob.

Goliath Armstrong
Der Herkules der schwarzen Berge.

4. Teil: 6476
Den Fluten preisgegeben.

Friedrichshof
Jeden Samstag und Sonntag abend
Schlachtplatten

KÜNSTLER-KONZERT

ANZEIGE

Zeige hiermit die Eröffnung der von mir käuflich erworbenen Wirtschaft

zum „Storchen“ Mühlburg

ergebenst an und empfehle meinen lieben Freunden u. Gönnern meine neu hergerichteten Lokalitäten aufs Beste. Neben einem **in hellel Tafel-Bier** führe ich direkt von Produzenten bezogene **Weine** und zwar Gletszeller 1/2 3.—, Malkammerer 1/4 4.—, Markgräfer 1/4 4.50, Gimmeldinger 1/4 5.—. Mit vorzüglicher Hochachtung 6469

XAVER MARZLUFF.
Flaschenbier hell und dunkel über die Straße.